

Gegenstimmen — attac  lädt ein

Ist ein anderes Europa möglich?

Materialien zu der Veranstaltung mit
Dr. Hans-Jürgen Bieling
Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann
Angela Klein
28. März 2003, Grips Theater



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem GRIPS Theater





Inhalt

Arbeitsgruppe Europa von Attac Berlin <i>Ein anderes Europa ist möglich!</i>	3
Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit <i>Für ein Europa der sozialen Rechte</i>	9
<i>Gegen Billigjobs in Europa - Für ein existenzsicherndes Einkommen und soziale Rechte!</i>	10
Sylvia-Yvonne Kaufmann <i>Halbzeit im Europäischen Verfassungskonvent</i>	11
<i>Bessere Institutionen, Regeln und Instrumente für Vollbeschäftigung und sozialen Wohlstand in Europa - Memorandum 2002</i>	13
Markus Wissen <i>Europäische Staatlichkeit und neoliberale Transformation</i>	15
Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber <i>Auszug aus: Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration</i>	18

Internetadressen

- www.attac.de/eu-ag/
- www.euromarches.org/deutsch/
- www.xs4all.nl/~ceo - Corporate Europe Observatory
- <http://www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm>
- das Euromemorandum in seiner vollen Länge
- <http://european-convention.eu.int> - die offizielle Seite des Konvents
- <http://european-convention.eu.int/forum.asp?lang=DE>
- das Forum des Konvents mit Beiträgen von allen, die die EU zur Zivilgesellschaft zählt (NGOs, Wirtschaftsverbände, Forschungsinstitute,...)
- www.euobserver.com - aktuelle Berichterstattung aus dem Konvent auf englisch
- www.europa-digital.de - Berichterstattung zum Konvent
- www.sylvia-yvonnekaufmann.de - der Konvent aus Sicht von Sylvia-Yvonne Kaufmann, PDS
- www.constitutional-convention.net
- www.cap.uni-muenchen.de - Mainstream-Hintergründe zum Konvent
- www.swp-berlin.org - Mainstream-Hintergründe zum Konvent

Literatur

- Bieling/Steinhilber: Die Konfiguration Europas, Münster 2000
- Balanya u.a.: Konzern Europa - die unkontrollierte Macht der Unternehmen, Zürich 2001
- Prokla 128



Ein anderes Europa ist möglich!

- Diskussionspapier der AG Europa von attac Berlin, September 2002 -

Göteborg, Brüssel, Barcelona, Sevilla - die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) gehören seit langem zu den Stationen der Protestbewegungen in Europa. Schon seit Ende der 80er Jahre haben sich immer wieder europäische Alternativ- und Gegenbewegungen gebildet, in den letzten Jahren mehr und mehr in engem Zusammenhang mit der Mobilisierung gegen die neoliberale Globalisierung.

Das geschah aus gutem Grunde: Die EU hat die Ideologie des Freihandels und der Liberalisierung der Kapitalströme innerhalb Europas weit schneller und entschlossener umgesetzt, als die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen auf globaler Ebene. Damit wurde in den EU-Mitgliedstaaten in weiten Teilen das vorgelebt, was heute weltweit durchgesetzt werden soll. Wer - zumal in Europa - nach den maßgeblichen Handlungsträgern und Projekten neoliberaler Umgestaltung der Wirtschaft fragt, muss sich daher fast zwangsläufig mit der EU und den im europäischen Rahmen tätigen Regierungen der Mitgliedstaaten auseinandersetzen.

Schlüsselprojekt Binnenmarkt

Schon seit den 60er Jahren können in Europa Waren grenzüberschreitend ohne Hindernisse gehandelt werden. Nach und nach wurde auch der Handel mit Dienstleistungen liberalisiert, grenzüberschreitende Investitionen wurden geschützt, Kapitalverkehrsbeschränkungen beseitigt und Regeln für den Schutz des freien Wettbewerbs eingeführt.

Von den versprochenen fast zwei Millionen Arbeitsplätzen, die durch die Schaffung des Binnenmarktes entstehen sollten, ist allerdings nichts zu spüren. Im Gegenteil: Während der Verwirklichung des Binnenmarktprojektes stieg die Erwerbslosigkeit nahezu ununterbrochen. Die Durchsetzung des neoliberalen Wirtschafts- und Wachstumsmodells und die drastische Ausweitung des LKW-Verkehrs haben zu einem massiven Anstieg des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Umweltzerstörung geführt, dem die EU-Umweltpolitik trotz einzelner Erfolge nichts entgegensetzen konnte. Trotz dieser schlechten Bilanz soll das Binnenmarkt-Modell jetzt im Rahmen der EU-Osterweiterung im wesentlichen unverändert auf die Beitrittsstaaten übertragen werden.

Daseinsvorsorge durch den Markt?

In den letzten Jahren hat sich die EU verstärkt auf die Beseitigung von sogenannten "Handelshemmnissen" für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, also z.B. Energieversorgung, Telekommunikation, Eisenbahnen, öffentlichen Personennahverkehr sowie jüngst die Wasserversorgung konzentriert. Im Vorgriff auf die Verhandlungen zur weltweiten Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen im Rahmen des General Agreement on Trade in Services (GATS) werden auf europäischer Ebene nach und nach Bestimmungen erlassen, die die diskriminierungsfreie Öffnung dieser Märkte für private Anbieter vorschreiben. Während dies den internationalen Dienstleistungskonzernen lukrative Gewinnaussichten verschafft, haben die bisherigen Liberalisierungen und Privatisierungen für die breite Masse der VerbraucherInnen kaum zu den versprochenen Preissenkungen geführt. Nicht selten war demgegenüber ein Abbau der Qualität von allgemein zugänglichen Dienstleistungen zu verzeichnen: Neben vermeintlich erfolgreichen Beispielen wie der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes zeigen etwa die englischen Eisenbahnen, wie Privatisierungen zum drastischen Verfall führen kann. Auch kann ausschließlich auf Gewinnerzielung ausgerichteten Unternehmen bei der Erbringung lebenswichtiger Dienstleistungen wie der Trinkwasserversorgung kaum das gleiche Vertrauen entgegengebracht werden, wie kommunalen Wasserwerken und anderen demokratisch kontrollierten öffentlichen Einrichtungen.

Der Euro

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und die Einführung des Euro Anfang dieses Jahres sind ein wesentlicher Schritt zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes. Eine gemeinsame europäische Währung kann dazu beitragen, auch über Europa hinaus schädliche Wechselkurschwankungen sowie ihre spekulative Ausnutzung zu verhindern und die Koordinierung der Währungspolitik zu erleichtern. Mit den Grundpfeilern der EWWU werden allerdings die Weichen in eine Richtung gestellt, die im Hinblick auf ein demokratisches und solidarisches Europa höchst fragwürdig sind: Der europäische Stabilitätspakt schreibt die Verringerung der Haushaltsdefizite und der Staatsverschuldung verbindlich vor, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale Situation in den Ländern Mitgliedstaaten zu nehmen. So wird nicht nur eine konjunkturfördernde Wirtschaftspolitik in Zeiten der Krise völlig verhindert. Die Verpflichtungen durch den Stabilitätspakt haben auch in zahlreichen Ländern zur Kürzung sozialer Leistungen geführt.

Die Geldpolitik, vor allem die Bestimmung der Leitzinssätze, ist einer unabhängigen, einseitig aus Wirtschaftsexperten bestehenden Europäischen Zentralbank übertragen, die vor allem dem Ziel der Inflationsbekämpfung verpflichtet ist. Während sich Kapitalanleger dadurch auf hohe Renditen ohne große Inflationsrisiken verlassen können, werden arbeitsmarktpolitische und konjunkturelle Auswirkungen der Geldpolitik vernachlässigt. Auch international läuft eine übermäßig stabilitätsorientierte Geldpolitik die Gefahr, eine Konkurrenz mit dem Dollar und anderen Währungen um die niedrigste Inflation und damit die höchsten Renditen zu provozieren, welche ausschließlich den Kapitalanlegern nützt.

Liberalisierung und Deregulierung der sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitsmarktpolitik

Mit den Vorgaben des Stabilitätspakts übt die EU erheblichen Einfluss auf die Mitgliedstaaten aus, staatliche Leistungen zu kürzen und die sozialen Sicherungssysteme zu privatisieren. Nicht weniger einflussreich auf die Arbeits- und Sozialpolitik ist die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik durch die EU: Jährlich werden vom Ministerrat Politikempfehlungen erarbeitet, deren Umsetzung in Berichten der Kommission überwacht wird. Das erfolgt vor allem unter Vorzeichen des Abbaus sozialer Rechte und der Leistungskürzung: So empfiehlt die EU, durch Kürzungen der Sozialleistungen und Lohnsenkungen "Anreize" zur Aufnahme schlecht bezahlter Beschäftigungen zu geben, die Rentensysteme sollen durch Kürzungen und Umstellung auf Pensionsfonds "zukunftsfähig" gemacht werden. In der Praxis führt das zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen für die meisten Menschen und zur Abwälzung der Risiken aus Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit auf die Einzelnen.

Die Rolle der EU bei der weltweiten Handelsliberalisierung

Auch bei der weltweiten Institutionalisierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells spielt die EU eine wichtige Rolle: Über Europas Position in den internationalen Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels wird heute weitgehend gemeinsam im Rahmen der EU entschieden. Zuletzt bei der Eröffnung einer neuen Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des Welthandels in Qatar Ende 2001 hat sie sich als treibende Kraft bei der Handelsliberalisierung gezeigt. Während offiziell die Chancen der Liberalisierung für die Entwicklung armer Länder betont werden, erweist sich die EU hinter den Kulissen als harte Fürsprecherin der Expansionsinteressen der europäischen Industrie. Erleichtert wird das dadurch, dass der EU-Ministerrat und die Kommission weitgehend allein und unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die Handelspolitik entscheiden, während das Europäische Parlament keinerlei Mitentscheidungsbefugnisse hat und die Parlamente der Mitgliedstaaten nur bei den wichtigsten Änderungen der EU-Verträge befragt werden.

Das Ziel: wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt

Welche Ziele sie mit ihrer Politik verfolgen, haben die EU-Regierungschefs mit einer im Jahr 2000 in

Lissabon verabschiedeten Strategie deutlich gemacht: innerhalb von zehn Jahren soll die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Dass dieses Wachstum der Mehrheit der Menschen nicht zugutekommen wird, ist absehbar: Ebenso wie die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes zu mehr statt weniger Arbeitslosigkeit geführt hat, wird auch die Fortsetzung der Liberalisierungs- und Deregulierungslogik bei der Konstruktion des Euro und beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme nicht die versprochenen Verbesserungen der Lebensbedingungen für alle Menschen bringen, sondern nur einige Wenige begünstigen. Auch die Beteuerungen, die internationale Handelsliberalisierung solle vor allem den Ländern des Südens nützen, verkommen vor dem Hintergrund der expansionistischen Ziele der EU zu einer Farce.

Absicherung durch Repression und Militarisierung

Dass es den europäischen Staats- und Regierungschefs nicht wirklich auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Menschen ankommt, zeigt auch die repressive und militärische Absicherung der wirtschaftlichen Liberalisierung gegen GegnerInnen und VerliererInnen. Die Außengrenzen der EU gleichen mehr und mehr einer Festung gegen unerwünschte MigrantInnen. Die Freizügigkeit in der EU wird für KritikerInnen des europäischen und weltweiten Wirtschaftsmodells eingeschränkt. Auch beim Aufbau der europäischen Polizeieinheit Europol werden Bürgerrechte systematisch ausgehebelt.

Das vereinte Europa ist trotz mancher Uneinigkeit schon heute ein bedeutender Faktor in der Weltpolitik. Anstatt diese Rolle zur Förderung friedlicher Konfliktbeilegung zu nutzen, dominieren in der EU Anstrengungen, die auf eine Militarisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gerichtet sind. Einflussreiche Außenpolitiker drängen darauf, die EU zu einer auch militärisch handlungsfähigen Weltmacht zu machen, die ihre hegemonialen Interessen, z.B. die Sicherung von Einflusssphären, neuen Rohstoffquellen (Öl und Gas) und Absatzmärkten, notfalls auch mit militärischen Interventionen in aller Welt durchsetzt. Ohne jegliche Bedrohung von außen werden - unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands - im Rahmen einer "Europäischen Verteidigungsidentität" (ESDI) autonome Militärstrukturen aufgebaut, die unabhängig von der NATO handeln können: Bis 2003 soll auf Basis der nationalen Streitkräfte eine EU-Truppe für militärische Interventionen mit einer Stärke von 60 .000 Militärangehörigen geschaffen werden. Trotz vermeintlich knapper öffentlicher Kassen sind dazu milliardenschwere Beschaffungsprogramme geplant.

Agrarpolitik

Über die Hälfte des Finanzhaushalts der Europäischen Union wird für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ausgegeben. Noch immer steht dabei die Steigerung der Produktionsmengen im Vordergrund. Das führt unter anderem dazu, dass hoch subventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU an der Zerstörung regionaler Märkte in Entwicklungsländern beteiligt sind, Böden und Grundwasser verseucht werden und Methanemissionen nicht unerheblich zur Erwärmung der Erdatmosphäre beitragen. Diese Form der Agrarsubvention muss gestoppt werden, nicht nur weil sie in der bisherigen Form nach der geplanten Osterweiterung nicht mehr finanzierbar erscheint.

Das demokratische Defizit

Die Verwirklichung zahlreicher Liberalisierungs- und Deregulierungsprojekte innerhalb der EU war nicht zuletzt deshalb möglich, weil politische Entscheidungen dort bis heute nur unzureichend demokratisch kontrolliert werden. Ein immer größerer Teil der Politik wird im Rahmen der EU bestimmt und ist damit der Kontrolle der einzelstaatlichen Parlamente entzogen. Das Europäische Parlament als möglicher Ansatz zu einer demokratischen Kontrolle innerhalb der EU hat aber bei zahlreichen wichtigen Fragen bis heute keine Mitentscheidungsrechte. Auch eine direkte Kontrolle durch die BürgerInnen wird durch fehlende Öffentlichkeit und Intransparenz der Brüsseler Entscheidungsprozesse verhindert. Zahlreiche wichtige Entscheidungen bleiben damit den EU-Regierungen, der Kommission und anderen Institutionen vorbehalten.

So beschließen die Regierungen in Brüssel Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Deregulierungsprojekte, die in demokratischen Beschlussverfahren in den Mitgliedstaaten nicht durchsetzungsfähig sind. Auch die transnationalen Konzerne haben die EU als bevorzugten Ansprechpartner schätzen gelernt: Dort stoßen sie auf offene Ohren, ohne auf parlamentarische Mehrheiten angewiesen zu sein oder sich öffentlichen Diskussionen stellen zu müssen. So lassen sich Schlüsselprojekte wie der Binnenmarkt oder die Währungsunion in ihrer Entstehung wesentlich auf die Vorschläge transnationaler Konzerne zurückführen, die von der EU-Kommission willig aufgegriffen und von den Staats- und Regierungschefs umgesetzt wurden.

Für ein anderes Europa!

Trotz dieser unrühmlichen Rolle der EU bei der neoliberalen Umgestaltung Europas sehen wir ein vereintes Europa als eine große Herausforderung. Angesichts einer nach 40 Jahren Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik zunehmend transnational organisierten Wirtschaft muss auch eine solidarische, die entfesselten Kräfte des freien Marktes eindämmende Politik über die Grenzen der Nationalstaaten aktiv werden. Europa bietet einige günstige Voraussetzungen für eine solche Politik: Es bildet einen wirtschaftlich relativ einheitlichen und nur in geringem Maße von den Handelsbeziehungen zu anderen Kontinenten abhängigen Wirtschaftsraum. Zugleich hat es das nötige politische und ökonomische Gewicht, um auch im Alleingang ohne die USA oder andere Staaten eine andere Politik durchzusetzen. Zudem schützt das ökonomische Gewicht Europas davor, von den internationalen Finanzmärkten mit Kapitalentzug abgestraft zu werden. Umgekehrt kann Europa auch bei der Stärkung regionaler Wirtschaftsbeziehungen eine wichtige Rolle spielen.

Die Kritik an der Politik der EU und den Folgen von Globalisierung und neoliberaler Politik sollte daher nicht in eine national-populistisch orientierte, generelle Ablehnung der europäischen Einigung münden. Wir setzen uns für ein anderes Europa ein: Für eine Union, die die durch Liberalisierung und Deregulierung entfesselten Kräfte des Marktes bündigt und die Vorherrschaft demokratischer Willensbildungsprozesse wiederherstellt. Europa muss sich international für eine demokratische Kontrolle und eine Re-Regulierung der Finanzmärkte und für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung einsetzen, ohne dabei selbst in Großmachtgehebe zu verfallen.

Finger weg von der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen

Wir fordern einen sofortigen Stop der europaweiten Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Bisher ist nicht erwiesen, dass deren private Erbringung ohne Qualitätseinbußen und zu gleichbleibenden Preisen möglich ist. Angesichts dieser Unsicherheiten meinen wir: Jedes Land sollte selbst darüber entscheiden, wie es die Erbringung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge organisiert. Es darf keine europaweite Privatisierung öffentlicher Dienste geben!

Für eine solidarische Währungsordnung

Wir setzen uns für eine gründliche Umgestaltung der Währungsunion ein. Anstatt der einseitigen Fixierung auf die Preisstabilität muss die Zinspolitik der Zentralbank in erster Linie der Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und sozialer Ausgrenzung und dem ökologischen Wirtschaften verpflichtet sein. Dazu muss die einseitige Zusammensetzung der Europäischen Zentralbank verändert werden: Im Zentralbankrat müssen auch ExpertInnen für soziales und ökologisches Wirtschaften vertreten sein.

Die Erzwingung weiterer Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durch den sanktionsbewehrten Stabilitätspakt lehnen wir ab. Stattdessen muss es einen europäischen Pakt für soziales und ökologisches Wirtschaften geben, mit dem sich die EU-Mitgliedstaaten quantifizierbar und verbindlich zur Senkung der Erwerbslosigkeit, zur Umverteilung zwischen Arm und Reich, zum Nord-Süd-Ausgleich und zur Verringerung der Umweltzerstörung verpflichten.

Die währungspolitische Bedeutung des Euro muss genutzt werden, um die einseitige Ausrichtung des internationalen Finanz- und Währungssystems auf die Interessen der Kapitalanleger mit dem US-

Dollar als Leitwährung zu beenden und wirtschaftlich schwächeren Ländern eine Neuausrichtung ihrer Währungspolitik zu ermöglichen. Europa muss auf eine Koordinierung der Wechselkurse zwischen Dollar, Euro und Yen hinarbeiten. Wirtschaftlich schwächeren, für Spekulationswellen anfälligen Ländern muss eine solidarische Kooperation angeboten werden, um stabilere Wechselkurse zu erreichen.

Allerdings kann möglicherweise nur ein starker Euro im Wettbewerb mit dem Dollar bestehen und so für Europa neue währungspolitische Gestaltungsspielräume eröffnen. Ein Wettbewerb zwischen Euro und Dollar um die härteste Währung - sei es auch aus emanzipatorischen Motiven - wäre aber für eine Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte kontraproduktiv und würde zu Lasten wirtschaftlich schwächerer Länder gehen. Daher lehnen wir eine Politik der gezielten Stärkung des Euro als harte Anlagewährung ab. Um die Ausrichtung des internationalen Währungssystems an den Anlegerinteressen aufzubrechen, muss der Euro vielmehr Vorbild für eine Neuausrichtung der Währungspolitik sein, die an den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen orientiert ist.

Steueroasen austrocknen, Tobinsteuer einführen

Trotz steigender Rendite und immer umfangreicheren Angeboten für Kapitalanlagen sinken die Einnahmen der Staaten aus der Besteuerung der Kapitalerträge. Die EU, die einst durch den Wegfall der Kapitalverkehrskontrollen viele Möglichkeiten der Steuerhinterziehung erst geschaffen hat, muss diese jetzt wirksam unterbinden: Steueroasen innerhalb der EU müssen sofort geschlossen werden. Weil fallende staatliche Einnahmen auch durch den unfairen Wettbewerb der gesamten Steuersysteme verursacht werden, muss es eine europaweite Mindestbesteuerung von Kapital- und Unternehmenserträgen geben. Zur Abschöpfung von Spekulationsgewinnen und zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte fordern wir zudem, dass die EU eine Vorreiterrolle bei der weltweiten Durchsetzung einer „Tobin-Steuer“ einnimmt, indem sie eine Steuer auf alle Transaktionen mit dem Euro einführt.

Soziale Sicherung statt Sozialabbau

Die Forcierung der neoliberalen Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme durch die EU muss beendet werden. Aufgabe der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik muss es vielmehr sein, dem Wettbewerb um die einschneidendsten Kürzungen durch die Einführung europaweiter sozialer Mindeststandards entgegenzuwirken: In ganz Europa muss allen Menschen ein existenzsicherndes Einkommen garantiert werden. Einheitliche Standards müssen gewährleisten, dass alle Beschäftigten sozial abgesichert sind.

Für eine demokratische Außenhandelspolitik

Aufgrund der immer drastischeren Auswirkungen der Handelspolitik auf zahlreiche Wirtschaftssektoren, muss diese von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und vom EU-Parlament kontrolliert werden. Wir fordern einen Stop der Übertragung weiterer handelspolitischer Kompetenzen von den Parlamenten auf die EU-Kommission und die Regierungen, namentlich im Bereich des Handels mit Dienstleistungen und dem internationalen Schutz „geistigen Eigentums“.

Für ein ziviles Europa

Anstatt neben den USA einen zweiten militärischen Machtpol zu etablieren, muss Europa zu einer wirklichen Zivilmacht werden. Es muss ein Gegengewicht gegen die unipolare US-Hegemonie aufbauen, indem es sein wachsendes Gewicht als ziviler globaler Akteur in die Waagschale der internationalen Politik wirft.

Europa muss sich für eine ausschließlich zivile Politik der Konfliktprävention unter Nutzung wirtschaftlicher und politischer Mittel, von Finanzhilfen und Entwicklungshilfe einsetzen. Es muss sich für ökonomische, politische und kulturelle Zusammenarbeit einsetzen und für die Stärkung der Vereinten Nationen sowie für kooperative Modelle der Weltentwicklung initiativ werden.

Damit der zivile Charakter der Union gewahrt bleibt, muss der weiteren Militarisierung Europas widerstanden werden. Die Planungen für kriegerische Interventionen müssen eingestellt, der Aufbau von Interventionskräften gestoppt werden. Unmittelbar muss es um die Auflösung der kriegsfähigen Einsatzstreitkräfte und der damit verbundenen Strukturen und Instrumente gehen. Die EU darf nicht durch die Einführung einer militärischen Beistandsverpflichtung zu einem Militärbündnis werden. Bisher neutrale Staaten wie Finnland, Irland, Österreich und Schweden dürfen nicht zur Teilnahme an dem Aufbau gemeinsamer Militäreinheiten genötigt werden. Rüstungsexporte müssen verboten werden. Die Absage der Teilnahme Dänemarks an der ESDI und die ausdrückliche Weigerung Irlands, eine "Europa - Armee" aufzustellen - maßgeblich bewirkt durch das Referendum über den Vertrag von Nizza - zeigen, dass die Militarisierung der EU noch gestoppt werden kann.

Gegen eine Festung Europa

Wir fordern ein Ende der für viele MigrantInnen tödlichen Absicherung der EU-Außengrenzen.

Repression in Europa

Die Verfolgung und die Freiheitsbeschränkungen für TeilnehmerInnen an globalisierungskritischen Demonstrationen müssen sofort gestoppt werden. Den Aufbau europäischer Polizeistrukturen ohne gerichtliche Kontrolle und hinreichende gesetzliche Vorgaben zum Grundrechtsschutz lehnen wir ab.

Für ein ökologisches Europa

Wir fordern europaweite ökologische Mindeststandards und eine wirksame europäischen Umweltpolitik.

Für eine neue Agrarpolitik

Ziel der europäischen Agrarpolitik muss eine nachhaltige Entwicklung der Lebens- und Wirtschaftsweisen im ländlichen Raum sein. Fördermittel müssen zielgerichtet an die der Nachhaltigkeit verpflichtete, ökologische Landwirtschaft vergeben werden. Nur so können die gesellschaftlichen Anliegen wie die Gesundheit der Verbraucher, der Schutz von Böden, Grundwasser und Kulturlandschaften und das Wohl von Nutztieren mit einer gesicherten beruflichen Perspektive der Bäuerinnen und Bauern vereinbart werden.

Europa braucht ein Gegengewicht von unten

All dies wird nur gelingen, wenn das Gesicht Europas nicht von den transnationalen Konzernen vorgezeichnet und von der Geheimdiplomatie der Regierungen geformt, sondern von allen EuropäerInnen demokratisch mitbestimmt wird. Alle wesentlichen Entscheidungen müssen von den BürgerInnen selbst, vom Europäischen Parlament oder von den Parlamenten der Mitgliedstaaten getroffen werden. Die Entscheidungsverfahren müssen öffentlich und transparent sein, um eine Kontrolle überhaupt möglich zu machen. Entscheidungsbefugnisse dürfen nur dort auf die EU übertragen werden, wo eine sinnvolle Ausübung in Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten nicht möglich ist.

Manche von uns sehen den aus ParlamentarierInnen der EU und der Mitgliedstaaten sowie RegierungsvertreterInnen zusammengesetzten EU-Konvent, der zur Zeit Vorschläge für eine Reform der EU erarbeitet, als Chance für ein anderes Europa. Andere sind da skeptischer. Einig sind wir uns aber darin: Ein anderes, demokratischeres Europa ist nur möglich, wenn es gelingt, dem Einfluss von Wirtschaft und Industrie ein Gegengewicht von unten entgegenzusetzen. Europa braucht Menschen, die sich kritisch mit der Politik der EU auseinandersetzen, die sich als engagierte BürgerInnen den sozialen Bewegungen anschließen, die sich als GewerkschafterInnen solidarisch dem zerstörerischen Standortwettbewerb verweigern, die sich grenzüberschreitend zusammenschließen und als Teil einer europäischen Zivilgesellschaft gemeinsam ihre Kritik an der herrschenden Politik in der EU zum Ausdruck bringen und Alternativen dazu formulieren.

Für ein Europa der sozialen Rechte¹

Stellungnahme der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung zum EU-Verfassungskonvent (2002)

Auf dem reichsten Kontinent der Erde lebt ein Drittel der Menschen in Armut oder in einer ungesicherte Lebenssituation, weil sie keinen Zugang zu den Grundrechten auf Arbeit, ein Einkommen und Wohnung haben.

Die künftige europäische Verfassung wird diese Grundrechte nicht kennen - wenn wir nicht handeln!

Beim EU-Gipfel in Laeken-Brüssel im Dezember 2001 wurde der Europäische Konvent eingesetzt, der die künftige europäische Verfassung ausarbeitet. Er wird seine Arbeit im März 2003 beenden. Die europäischen Regierungen werden auf den EU-Gipfeln in Thessaloniki (Juni 2003) und Rom (Dezember 2003) darüber entscheiden.

Die Präambel dieser Verfassung wird die Charta der Grundrechte sein, die beim EU-Gipfel in Nizza verabschiedet wurde (Dezember 2000). Dort haben wir bereits demonstriert, um unsere Ablehnung dieser Charta herauszuschreien, die weder ein Recht auf eine Beschäftigung, ein Einkommen noch auf eine Wohnung anerkennt. Jetzt bereiten sich der Konvent, und danach die Regierungen, darauf vor, diese Charta ohne die sozialen Rechte in die künftige europäische Verfassung einzubauen.

Das ist nicht hinzunehmen.

Einem verfassungsgebenden Prozess fehlt jede Legitimation, wenn er keine wirkliche Diskussion mit der Gesamtheit der Bevölkerung eröffnet - über die Rechte, die die Existenz eines jeden und jeder täglich betreffen.

Wenn die Europäische Union daran geht, sich offiziellen Charakter zu geben mit einem Text von verfassungsgebender Bedeutung, der die sozialen Rechte nicht anerkennt, ist ein Kampf nötig. Diesen Kampf, den wir in den Straßen von Nizza begonnen haben, setzen wir jetzt fort.

Wir fordern, dass die Gesellschaft diese Rechte jeder und jedem garantieren muss, der in ihrem Gebiet lebt. Wir lehnen ein Europa ab, das weder auf dem Papier noch in seinen Handlungen in der Lage ist, der Gesamtheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner diese elementaren sozialen Rechte zu garantieren.

Nein zum Sozialdumping, ja zur sozialen Angleichung nach oben: jedes soziale Recht, das in einem Staat der EU angenommen wurde, muss als eine Schwelle betrachtet werden, die nicht mehr unterschritten werden darf.

Wir alle zusammen in Europa stehen in der Pflicht, die sozialen Rechte zu verteidigen, die zu einem » europäischen sozialen Modell« gehören: eine Niederlage in Europa würde bedeuten, die Spirale des Sozialdumpings und der Verarmung weltweit zu beschleunigen.

Deshalb mobilisieren wir heute, und wir mobilisieren nach Kopenhagen (EU-Gipfel im Dezember 2002), nach Thessaloniki und nach Rom, an jeden Ort, an dem sich die Entscheider in Europa versammeln werden. Wir mobilisieren, um unsere sozialen Rechte einzufordern, ohne Diskriminierung nach dem Alter, dem Geschlecht oder der Herkunft, für alle Bewohnerinnen und Bewohner Europas:

- für das Recht auf ein garantiertes individuelles Einkommen, das jeder und jedem ein Leben in Würde ermöglicht;
- für das Recht auf eine frei gewählte Beschäftigung, gegen jede Art von Arbeitszwang;

¹ Quelle: www.euromarches.org/deutsch/

- für das Recht auf eine angemessene Beschäftigung: gegen alle Formen der Prekarisierung des Beschäftigungsstatus und des Einkommens, gegen unfreiwillige Teilzeit, gegen ungeschützte Beschäftigung;
- für das Recht auf eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle;
- für das Recht auf Wohnung;
- für das Recht auf Bildung, Kultur und eine frei gewählte Ausbildung;
- für das Recht auf öffentlichen Transport und alle Kommunikationsmittel;
- für das Recht auf Energie, Elektrizität, Wasser und Gas;
- für das Recht auf Leistungsbezug bei Erwerbslosigkeit und Krankheit, für das Recht auf Altersrente;
- Aufenthaltsgenehmigung für alle.

Die Bewegungen, die diesen Aufruf unterstützen, setzen sich dafür ein, sich gemeinsam an den verschiedenen Mobilisierungen zu beteiligen, um diese Rechte durchzusetzen.

Gegen Billigjobs in Europa - Für ein existenzsicherndes Einkommen und soziale Rechte!

Aufruf der Koordination der Europäischen Märsche, Paris 27. und 28.Mai 2000²

Der Aufbau Europas folgt heute dem Diktat des Marktes und der Manager - mit Demokratie hat er nichts zu tun. Wir wollen ein demokratisches und solidarisches Europa, das die Rechte jedes und jeder Einzelnen achtet.

Wir stellen fest: Unter dem Druck der Unternehmer und ihrer europäischen Verbände (UNICE und European Round Table of Industrialists) setzt die Europäische Union (EU) den von den Großen Wirtschaftspolitischen Leitlinien vorgegebenen Kurs fort - das bedeutet in erster Linie schwere soziale Rückschritte. Unsere sozialen Errungenschaften, vor allem die Systeme der sozialen Sicherung und die sozialen Rechte, werden angegriffen und sollen beseitigt werden.

Armut und ungeschützte Beschäftigung nehmen in großem Umfang zu. Drei Millionen Männer, Frauen und Kinder haben in den 15 Mitgliedstaaten der EU keinen festen Wohnsitz, weil ihnen der Zugang zu elementaren Rechten wie dem Recht auf Arbeit, auf existenzsicherndes Einkommen und Wohnung verwehrt wird. 60 Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze. Mehr und mehr sind die EinwohnerInnen in Europa damit konfrontiert, daß sie nach Ablauf eines Arbeitsvertrags, nach einer Kündigung oder einem Arbeitsplatzwechsel eine Senkung ihres Einkommens zu befürchten haben. Das Solidarprinzip in der Rentenversicherung wird infragegestellt. Vollständig wird uns die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung angekündigt, aber es kommen dabei nur Billigjobs und ein Abbau von Errungenschaften heraus, die in sozialen Kämpfen erstritten worden sind. Unter der Hand wird ein paralleler Arbeitsmarkt errichtet, auf dem keine Tarife mehr gelten, Teilzeitarbeit erzwungen wird, Eingliederungsmaßnahmen zum Arbeitszwang werden, nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt führen, und das Recht auf den Bezug von Lohnersatzleistungen in Frage gestellt wird. Die Regierungen subventionieren die Unternehmer, damit sie unterbezahlte Jobs schaffen. Frauen haben unter den Folgen dieser Politik noch mehr zu leiden als Männer. Wir akzeptieren nicht, daß Erwerbslose für ihre Situation verantwortlich gemacht werden. Wir lehnen alle Maßnahmen, die Menschen in ungewollte Arbeit

² Übersetzung: Angela Klein

zwingen (workfare), ab. Wir fordern von der Europäischen Union, den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten und von den Unternehmern die Anerkennung eines Rechts auf ein garantiertes, individuelles und existenzsicherndes Einkommen, ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts oder der Herkunft. Es muß Schluß damit sein, daß zwar die Verordnungen für die Märkte und die Unternehmen in der EU harmonisiert werden, der Konkurrenzdruck auf Löhne und Sozialsysteme sich aber verstärkt und damit innerhalb der EU ein beispielloses Lohn- und Sozialdumping in Gang gesetzt wird, das durch die Osterweiterung eine weitere massive Verschärfung erfahren wird.

Die Organisationen der Erwerbslosen und Billiglöhner in den Mitgliedstaaten der EU haben eine Einkommensgrenze festgelegt, unter die kein Einwohner und keine Einwohnerin in der EU fallen darf. Weil die Einkommensunterschiede zwischen den Ländern so groß sind, können wir diese Untergrenze heute nicht mit einem einzigen Betrag ausdrücken, der in allen Ländern gleichermaßen gelten soll. Dennoch brauchen wir eine gemeinsame Forderung, und eine solche ist auch möglich.

Wir schlagen vor, die Höhe eines solchen Mindesteinkommens, das in jedem Land gelten soll, nach Kriterien festzulegen, die die Besonderheiten der einzelnen Länder und verschiedene Maßstäbe für eine Einkommensuntergrenze berücksichtigt:

der gerechte Anteil am gesellschaftlichen Reichtum (der bei uns als Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ausgedrückt wird): die Hälfte des Wohlstands - 50 Prozent; die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse, nicht nur zum Überleben, sondern zum Leben und zur vollberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft; die sozialen Errungenschaften in den einzelnen Ländern, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen. Eine solche Untergrenze muß jedes Jahr dem Zuwachs an Reichtum in den Mitgliedstaaten angepaßt werden. Der Reichtum muß wieder von oben nach unten umverteilt werden, damit die Menschen in Würde leben können. Sagen wir der Abwärtsspirale in die Armut den Kampf an! Setzen wir für alle Arten von Einkommen Untergrenzen fest, unter die niemand fallen darf: Sozialleistungen - wir fordern individuelle Mindestleistungen ohne Auflagen und Bedingungen; Löhne - wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn, wo der tarifliche nicht reicht; Renten - wir fordern eine Mindestrente. »Eine Arbeit ist ein Recht, ein Einkommen eine Pflicht« - dieses Motto der französischen Erwerbslosenbewegung muß zu einem allgemein anerkannten Grundsatz in Europa werden. Derzeit bereitet die EU einen Grundrechtekatalog vor, der auf dem Gipfel in Nizza verabschiedet werden soll. Wir fordern, daß die sozialen Rechte in den neuen Vertrag aufgenommen werden, der in Nizza verhandelt wird, vor allem das Recht auf Existenzsicherheit, auf freie Wahl eines Arbeitsplatzes, auf gewerkschaftliche Betätigung, auf Wohnung, Gesundheit, Kultur, Bildung und auf ein existenzsicherndes Einkommen.

In Biarritz und in Nizza werden wir zusammen mit den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften dafür kämpfen, daß die sozialen Rechte ernst genommen werden und Gesetzeskraft erhalten. Die Europäischen Märsche rufen die Gewerkschaften, alle kämpfenden Bewegungen und alle, die die Rechte der Leidtragenden der neoliberalen Politik verteidigen, sich in dieser entscheidenden Phase der Revision der europäischen Verträge zusammenzuschließen und diese Forderungen zu verbreiten und einzuklagen. Alle gemeinsam, bauen wir Dämme, um der neoliberalen Offensive Widerstand zu leisten!

Halbzeit im Europäischen Verfassungskonvent³

Von Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP

Seit Februar arbeitet der Europäische Konvent in Brüssel an einem Verfassungsvertrag für die EU. Vorgesehen ist, dass er Mitte nächsten Jahres zum Abschluss kommt und seine Arbeitsergebnisse

³ erschienen in europaport, Infoblatt der Delegation der PDS in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament, 12/Dezember 2002

dem Rat der Staats- und Regierungschefs im Juni 2003 in Thessaloniki zur Bestätigung vorlegt. Im Mittelpunkt der ersten Konventsphase standen Debatten über die grundsätzlichen Aufgaben der Union. Es wurden zehn Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Themenstellungen gebildet, die ihre Ergebnisse bis Ende des Jahres dem Konventsplenum unterbreiten sollen. Daneben wurden Vertreter der Zivilgesellschaft sowie von europäischen Jugendorganisationen in die Arbeiten des Konvents einbezogen. Die Suche nach einem Konsens im Konvent ist außerordentlich schwierig, vertreten doch die einzelnen Konventsmitglieder die sehr verschiedenen, teils konträren europapolitischen Positionen ihrer Parteien bzw. Regierungen. Immerhin zeichnet sich eine deutliche Mehrheit dahingehend ab, die EU-Grundrechtecharta in den Verfassungsvertrag aufzunehmen und die darin verankerten Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der EU individuell einklagbar zu machen. Der längst überfällige Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention wird ebenfalls mehrheitlich unterstützt. Viele Konventsmitglieder wollen mehr Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, um die EU im Zuge der Erweiterung handlungsfähig zu machen. Der Rat soll nicht mehr geheim tagen, damit die Bürgerinnen und Bürger erkennen können, wer für welche Entscheidungen verantwortlich ist. Nach dieser Maßgabe sollen auch die Gesetzgebungsverfahren vereinfacht werden. Es zeichnet sich allerdings ebenso ein Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ab, was die Militarisierung der Europäischen Union beschleunigen dürfte. Diese Bestrebungen, das habe ich in den Beratungen der Arbeitsgruppe "Verteidigung" kritisch zum Ausdruck gebracht, laufen dem bisher weitgehend zivilen Charakter der europäischen Integration zuwider. Ende Oktober legte Konventspräsident Giscard d'Estaing einen ersten Vorentwurf für den Verfassungsvertrag vor. Neben Zustimmung rief das Papier auch heftige Kritik im Konvent hervor: So sucht man in dem Entwurf vergeblich die bislang in Artikel 2 des EG-Vertrages verankerten Ziele Gleichstellung von Mann und Frau, Hebung von Lebenshaltung und Lebensqualität, Verbesserung der Umwelt, nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Völlig inakzeptabel ist zudem, dass dem Entwurf zufolge das Diskriminierungsverbot nur noch gegenüber Unionsbürgerinnen und -bürgern und nicht mehr, wie bisher, gegenüber jedermann gelten soll. Im Sommer wurde das Bemühen des Konventspräsidiums erkennbar, die soziale Dimension der EU aus den Arbeiten des Konvents auszuklammern. Dies, obwohl Umfragen zufolge die Mehrzahl der Menschen in Europa gerade auf diesem Gebiet zukunftsweisende Lösungsvorschläge erwartet. Daher initiierten drei Konventsmitglieder - die belgische Sozialistin Anne van Lancker, der österreichische Grüne Johannes Voggenhuber und ich - einen Antrag, das "Soziale Europa" auf die Tagesordnung des Konvents zu setzen und eine eigene Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzurichten. Wir wiesen darauf hin, dass der Konvent seinen Auftrag verfehlen würde, wenn er sich ausschließlich mit institutionellen Fragen befasst und nicht die drängendsten gesellschaftspolitischen Probleme in der EU aufgreift. Aufgrund der breiten Unterstützung durch namhafte Konventsmitglieder und Europaabgeordnete sowie durch Gewerkschafter und zahlreiche europäische Organisationen und Verbände wurde unserem Antrag Anfang November schließlich stattgegeben, was als ein erster, wichtiger Erfolg gewertet werden kann. Im Kern geht es uns darum, das europäische Sozialmodell unter Beachtung der unterschiedlich ausgeprägten Sozialstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu bewahren und weiter zu entwickeln. Die Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion ergänzt und korrigiert werden. Das im deutschen Grundgesetz ebenso wie in anderen Verfassungen enthaltene Sozialstaatsprinzip gehört neben dem Ziel der Vollbeschäftigung in die künftige EU-Verfassung. Es wäre ein Durchbruch in der europäischen Politik, wenn auch diese Ziele endlich gleichberechtigten Verfassungsrang erhielten.

Bessere Institutionen, Regeln und Instrumente für Vollbeschäftigung und sozialen Wohlstand in Europa - Memorandum 2002

Europäische Ökonominnen und Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa⁴

Zusammenfassung:

1. Der faktische Zusammenbruch des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist der jüngste öffentliche Beleg für das Scheitern europäischer Wirtschaftspolitik. Die Europäische Union (EU) ist in den letzten Jahren nicht in der Lage gewesen, die problematische Entwicklung der europäischen Wirtschaft zutreffend zu beurteilen und vorauszusehen, und sie war auch unfähig, einen positiven Einfluss auf Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand auszuüben. Die Gründe für dieses politische Scheitern liegen in dem extrem engen theoretischen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und in den starren institutionellen Strukturen, die diesen Ansatz untermauern.

2. Die Arbeit des gegenwärtig tagenden Europäischen Konvents hat dieses Scheitern nicht zur Kenntnis genommen und versucht, die ihm zugrunde liegende Ideologie und institutionelle Struktur zu erhalten und zu befestigen. Sie steht dem Konzept eines besonderen europäischen Sozialmodells feindselig gegenüber und hat es nicht einmal auf ihre Tagesordnung gesetzt. Wenn diese Tendenzen sich durchsetzen, würde das zu einer anhaltenden Schwäche der wirtschaftlichen Entwicklung und einer weiteren Demontage historischer sozialer Errungenschaften in Europa führen. Es würde auch die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder im Rahmen einer gesamteuropäischen Entwicklungsstrategie behindern.

3. Als Alternative zu dieser unattraktiven Aussicht schlagen wir eine gründliche Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor. Ihre Hauptorientierungspunkte sollen die Ziele Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit sein, die die Eckpunkte eines europäischen Sozialmodells darstellen. Die Konkretisierung dieser Eckpunkte müssen Gegenstand breiter öffentlicher Diskussion und eines demokratisch legitimierten Prozesses sein, in dem Prioritäten gesetzt und Irrtümer korrigiert werden.

4. Vorschläge zur stärkeren Orientierung der Wirtschaftspolitik an einem Europäischen Sozialmodell

4.1 Die Grundlagen für eine demokratischere und wirksamere gesamtwirtschaftliche Steuerung sollten gefestigt werden.

– Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sollten stärker an der wirtschaftspolitischen Koordinierung beteiligt werden.

– Der Aufgabenbereich der Europäischen Zentralbank sollte ausgeweitet werden und auch Vollbeschäftigung und nachhaltiges Wachstum umfassen.

– Der Haushalt der EU sollte bis 2007 auf 5 vH des Bruttoinlandsproduktes der EU steigen.

– Der Steuerwettbewerb sollte durch die Harmonisierung der Unternehmenssteuern und die gegenseitige Information über ausländische Kapitaleinkommen ausgeschaltet werden.

4.2 Die Grundlage für ein stärkeres europäisches Engagement für die soziale Wohlfahrt sollte geschaffen werden.

– Alle Mitglieder der Gesellschaft sollten ein bedingungsloses Recht auf würdige Lebensbedingungen haben.

– Es sollten Mindeststandards für Sozialausgaben eingeführt werden.

⁴ Dazu gehören: Prof. Miren Etxezarreta, Universität Autònoma de Barcelona, Miren.Etxezarreta@uab.es; Prof. John Grahl, University of North London Business School, J.Grahl@unl.ac.uk; Prof. Jörg Huffschmid, Universität Bremen, Huffschmid@ewig.uni-bremen.de; Prof. Jacques Mazier, Université de Paris Nord, Mazier@seg.univ-paris13.fr



– Die öffentlichen Systeme der sozialen Sicherheit, insbesondere das Rentensystem sollten aufrechterhalten, ausgebaut und keinesfalls privatisiert werden.

4.3 Die öffentlichen Dienstleistungen in Europa sollten gestärkt und der neoliberalen Logik hemmungsloser Konkurrenz nicht untergeordnet werden. Wege auf denen dies erreicht werden kann, sind die Festlegung nationaler Ausnahmen vom europäischen Wettbewerbsrecht, die Festlegung einer europäischen Rahmenrichtlinie oder die Entwicklung gemeinsamer Mindeststandards für Dienstleistungen im öffentlichen Interesse.

4.4 Bei der Regulierung der Finanzmärkte muss das öffentliche Interesse durchgesetzt werden. Das erfordert den Schutz öffentlicher und genossenschaftlicher Institute vor ruinöser Konkurrenz und die Stärkung und Konsolidierung der Aufsichtsstrukturen in der EU. Auch die Übernahmerichtlinie sollte in dem Sinne überarbeitet werden, dass sie die Interessen der Beschäftigten, der Gemeinden und der kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigt.

Europäische Staatlichkeit und neoliberale Transformation⁵

Von Markus Wissen⁶

Die Europäische Union ist auf den ersten Blick ein ziemlich verwirrendes Gebilde. Zweifellos verfügen ihre Organe über weitreichende staatliche Kompetenzen – sie treffen allgemeinverbindliche Entscheidungen, deren Befolgung sie erzwingen können –, und mit der gemeinsamen Währung existiert seit kurzem ein wichtiges Symbol staatlicher Macht. Gleichzeitig unterscheidet sich die EU aber in wesentlichen Punkten vom gewohnten Bild des liberaldemokratisch verfassten Staates: Sie ist eine supranationale und keine nationale staatliche Einrichtung; ihre entscheidenden Organe, Ministerrat und Kommission, sind nur auf dem Umweg über die nationalen Parlamente und Regierungen legitimiert; eine Gewaltenteilung gibt es ebenso wenig wie eine europäische Öffentlichkeit, die kontrollierend wirken könnte.

Diese Konstellation gibt immer wieder Anlass zu Klagen über das „Demokratiedefizit“ oder die mangelnde Effizienz europäischer Politik. Sie nährt das Bedürfnis nach „geordneten“, den nationalen Liberaldemokratien nachgebildeten Verhältnissen, die es durch den großen Wurf einer europäischen Verfassung herzustellen gelte. Solche Forderungen bleiben auch keineswegs wirkungslos: Auf einer symbolischen Ebene spielen sie eine Konsens stiftende Rolle, und auf einer materiellen Ebene können sie durchaus inkrementelle Reformen anstoßen. So wird etwa der Ende Februar eingesetzte „Verfassungskonvent“ natürlich keine Verfassung für die EU erarbeiten. Jedoch wird er – symbolisch hoch aufgeladen und mit direkt legitimierten nationalen Parlamentariern (auch aus den osteuropäischen Beitrittsländern) besetzt – dazu beitragen, die im Zuge der EU-Osterweiterung anstehenden institutionellen Reformen und sozialen Einschnitte vorzubereiten und zu legitimieren. Insofern ist die Debatte über das Demokratiedefizit der EU und über eine mögliche europäische Verfassung hoch politisch. Sie legt fest, was politisch zur Disposition steht und was nicht, sie markiert also das Terrain, auf dem die Konflikte um Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration ausgetragen werden. Das macht sie zum hegemonialen Diskurs.

Der Kern der Veränderung von Staatlichkeit in Europa bleibt aber eben dadurch verborgen. Um zu ihm vorzudringen bietet es sich an, auf den in der britischen und US-amerikanischen marxistischen Geographie verbreiteten Begriff *scale* zurück zu greifen. Dieser hat zwar den Nachteil, dass er sich nicht ohne Weiteres ins Deutsche übersetzen lässt. Außerdem wird er – zum Teil von denselben AutorInnen – mit unterschiedlichen Bedeutungen belegt. Neuere empirische und theoretische Untersuchungen, in denen mit dem *Scale*-Konzept gearbeitet bzw. in denen dieses weiter entwickelt wird, halten jedoch eine Fülle von Einsichten bereit, die den Blick für die herrschaftsförmige Reorganisation von Staatlichkeit in Europa öffnen.

Die *Scale*-Problematik

Scale bezeichnet zum einen die räumlichen Ebene, auf denen sich gesellschaftliche und staatliche Akteure organisieren, auf denen Konflikte ausgetragen werden und auf denen sich Institutionen heraus bilden: die lokale, nationale, supranationale oder globale Ebene. Zum anderen steht der Begriff für das Verhältnis dieser Ebenen zueinander. Dabei geht es darum, wie die Prozesse und Institutionen auf den verschiedenen räumlichen Ebenen miteinander interagieren und inwieweit sich dabei räumliche Dominanzverhältnisse heraus bilden.

So lässt sich für die fordistische Phase des Kapitalismus feststellen, dass die wichtigste räumliche Organisationsform des Kapitals und des Staates die nationale war. Natürlich hat es auch im Fordismus internationale Organisationen und multinationale Unternehmen gegeben. Allerdings waren letzte-

⁵ Quelle: www.buko.info; Buko-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

⁶ philtrat-red@uni-koeln.de

re in einem weitaus geringeren Maß global integriert als heute. Und erstere – siehe IWF – hatten weniger die Funktion, durch harte Auflagen ein restriktives Freihandels-Regime durchzusetzen und Handlungsspielräume auf nationaler Ebene zu beschränken. Vielmehr sollten sie, umgekehrt, durch die Herstellung stabiler internationaler Rahmenbedingungen gewisse nationale Handlungsspielräume z.B. für eine keynesianische Wirtschaftspolitik gewährleisten. Innerhalb der Staaten lassen sich für die fordistische Phase Zentralisierungsbemühungen feststellen: Kompetenzen wurden zugunsten der Zentralregierungen und zu Lasten subnationaler Einheiten – Städten, Regionen, Bundesländern – umverteilt. Auch in diesem Zusammenhang lässt sich also eine Dominanz der nationalen Ebene feststellen.

Seit Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sowie beschleunigt durch das Ende der Blockkonfrontation und die vollständige Integration der osteuropäischen Ökonomien in den Weltmarkt nach 1989 hat sich nun das Verhältnis zwischen den räumlichen Ebenen deutlich verschoben. Das zeigt sich am Bedeutungswandel internationaler Organisationen wie des IWF und der Weltbank, an der Schaffung neuer, mit weit reichenden Kompetenzen ausgestatteter Organisationen wie der WTO oder auch an der Herausbildung von Global Cities, also Städten, die eine hohe Konzentration von Steuerungsfunktionen für die Weltwirtschaft (in Gestalt von Konzernzentralen und auf diese bezogenen hoch spezialisierten Dienstleistungsunternehmen) aufweisen und die deshalb zu anderen Global Cities engere Beziehungen unterhalten als zu ihren jeweiligen nationalen Ökonomien.

Die sichtbarste Verschiebung im westeuropäischen Kontext besteht in den Fortschritten, die der Integrationsprozess seit Mitte der 80er Jahre gemacht hat. Hier ist zum einen die weit gehende Vollendung des Binnenmarktes zu nennen, die der grenzüberschreitenden Kapitalkonzentration einen enormen Schub gegeben hat. Zum anderen ist die monetäre Integration der EU in den 90er Jahren weit fortgeschritten und hat mit dem Euro einen für alle sichtbaren Ausdruck gewonnen sowie mit der Europäischen Zentralbank einen neuen und mächtigen staatlichen Akteur hervor gebracht. Zum dritten hat es in anderen, weniger im Licht der Öffentlichkeit stehenden Politikbereichen erhebliche Fortschritte gegeben, so z.B. in der Strukturpolitik, in der sich die Europäische Kommission seit den 80er Jahren weit reichende Kompetenzen angeeignet hat.

Jumping Scale

Das alles heißt nun nicht, dass der Nationalstaat im Begriff ist, bedeutungslos zu werden. Wesentliche staatliche Funktionen, vor allem auch repressive und ideologische, sind nach wie vor primär auf der nationalen Ebene angesiedelt. Außerdem sind es die nationalstaatlichen Exekutiven, die mit dem Ministerrat die wesentliche Institution der europäischen Legislative dominieren. Ebenso wenig wie die Globalisierung einfach die „nationale Souveränität“ untergräbt, bringt also die europäische Integration die Nationalstaaten zum Verschwinden. Die Konfliktlinien verlaufen auch hier nicht entlang der Grenze national-supranational, sondern quer zu dieser.

Was sich allerdings feststellen lässt, ist, dass die räumliche Organisation von Staat und Kapital an Komplexität gewonnen hat: Relevante staatliche Funktionen und Kapitalfraktionen organisieren sich zunehmend auf mehreren räumlichen Ebenen und vergrößern auf diese Weise ihre Handlungsspielräume. Was den Staat angeht, so handelt es sich dabei vor allem um dessen ökonomische Apparate, also jene Instanzen, die für Geldpolitik, Außenhandel, Finanzen oder Wettbewerbspolitik zuständig sind. So wurden im Vertrag von Maastricht, der 1992 den Weg in die Währungsunion ebnete, harte Maßstäbe für die Staatsverschuldung, das Haushaltsdefizit und das Zinsniveau in den Mitgliedstaaten festgelegt, die diese nur bei Gefahr von Sanktionen überschreiten dürfen. Mithin wurden auf europäischer Ebene Sparzwänge institutionalisiert. Während sich damit für gesellschaftliche Akteure wie die Gewerkschaften – aber auch für die ihnen nahe stehenden staatlichen Apparate, wie die für Arbeit oder Soziales zuständigen Ministerien – die Position in den nationalen Konflikten und Aushandlungs-

prozessen verschlechtert, verbessert diese sich z.B. für Geldvermögensbesitzer und Finanzministerien.

Ein Beispiel hierfür ist der Streit um die Mahnung, die sich die Bundesregierung Anfang diesen Jahres von der Europäischen Kommission einhandelte, weil sich das bundesdeutsche Haushaltsdefizit der als Obergrenze festgelegten Marke von drei Prozent zu nähern drohte. Während Schröder gegen die Kommission los polterte, wurde Eichel in der Frankfurter Rundschau mit den Worten zitiert, er habe sich gegen die Mahnung „nicht gesträubt“. Sie sei „genau die Unterstützung, die ich brauche“ – um, so ließe sich ergänzen, die Politik des Sozialabbaus oder der neoliberalen „Reform“ des Gesundheitssystems durchzusetzen. Der US-amerikanische Geograph Neil Smith spricht in diesem Zusammenhang von jumping scale: Durch das Agieren auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen werden Kräfteverhältnisse verschoben und Machtressourcen erschlossen, die unausgeschöpft blieben, wenn die entsprechenden Akteure auf einer Ebene verharren würden.

Die Europäisierung von Protest

Festhalten lässt sich also, dass sich in Europa eine neue räumlich-institutionelle Gestalt des Staates heraus gebildet hat. Diese ist einerseits das Produkt sozialer Auseinandersetzungen und der Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse seit der Krise des Fordismus. Andererseits wirkt sie auf die sozialen Auseinandersetzungen zurück und strukturiert diese zugunsten neoliberaler Akteure. Die europäische Staatlichkeit ist also ebenso Ergebnis wie Medium und Voraussetzung neoliberaler Transformation. Allerdings bleibt sie ständig umkämpft: Die 90er Jahre waren nicht nur ein Jahrzehnt, in dem der Neoliberalismus weltweit mit Rückenwind segelte. Sie waren auch ein Jahrzehnt, in dem sich emanzipatorische Kräfte neu formierten und dann schließlich auch artikulierten. Dabei zeigt die Art und Weise, wie sie sich artikulieren, dass sie zum jumping scale ebenso in der Lage sind wie diejenigen, gegen die sich ihr Protest richtet.

Vorgemacht haben es die Zapatisten, die es mit ihren Verlautbarungen und mit den in Chiapas veranstalteten Treffen meisterhaft verstanden, symbolisch die lokale Ebene zu verlassen, ihrem Kampf eine globale Dimension zu verleihen und dadurch ihre Position gegenüber der mexikanischen Regierung und Armee zu stärken. Die globalisierungskritische Bewegung agiert auf ähnliche Weise, vor allem dann, wenn sie – wie im Fall Porto Alegres – bereits durch die Wahl des Versammlungsortes einen Zusammenhang zwischen lokalen und globalen Kämpfen herstellt. Im europäischen Kontext sind ähnliche Prozesse im Gang. Die Bewegung der Euromärsche in der zweiten Hälfte der 90er Jahre kann als Versuch verstanden werden, nationale Kämpfe – in diesem Fall die französischen Streiks im Winter 1995/96 – zu europäisieren und dadurch zu stärken. Und die großen Proteste, von denen seit einiger Zeit die Gipfeltreffen der EU begleitet werden, sind ein deutliches Zeichen dafür, dass die Zusammenhänge zwischen neoliberaler Restrukturierung und dem räumlich-institutionellen Wandel von Staatlichkeit eine Politisierung erfahren.

Für den europäischen Teil der globalisierungskritischen Bewegung stellen sich u.a. folgende beiden Herausforderungen: Zum einen ist es äußerst wichtig, den weiteren Verlauf der EU-Osterweiterung, die die europäische Agenda in den nächsten Jahren bestimmen wird, im Blick zu behalten. Die Integration Osteuropas in die EU ist ein höchst asymmetrischer Prozess, der in den betroffenen Ländern schon im Vorfeld zu schweren sozial-räumlichen Verwerfungen geführt hat. Die Beitrittsstaaten bilden dabei eine Art Experimentierfeld: Als Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft werden sie auf Reformen wie die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme verpflichtet, die dann, so die Politologin Dorothee Bohle, wieder in die EU reimportiert werden können. Zum anderen sollte die Bewegung darauf achten, dass sie sich nicht ausschließlich an der Agenda der Regierenden abarbeitet. Es dürfte an der Zeit sein, Räume zu schaffen, in denen emanzipatorische Kräfte an Alternativen zum neoliberalen Europa arbeiten können. Ein europäisches Porto Alegre wäre sicherlich einen Versuch wert.

Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration (Auszug)

Von Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber

(...)

Wir gehen von der Annahme aus, daß die neoliberale Hegemonie in Westeuropa in erster Linie über das Europäische Währungssystem (EWS), den gemeinsamen Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) durchgesetzt und generalisiert wurde (Röstger 1997). (...) Im Kontext der europäischen Integration lassen sich dabei grundsätzlich zwei Logiken identifizieren, über die die neo-liberalen Anpassungsstrategien stimuliert werden: Die Logik der „kompetitiven Deregulierung“, die auf die Deregulierung und Flexibilisierung der Güter-, Kapital-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte hinwirkt, ist eng mit dem Binnenmarktprojekt verknüpft. Über das EWS und insbesondere die WWU setzt sich dagegen die Logik der „kompetitiven Austerität“ durch, die die Regierungen und Zentralbanken dazu drängt, eine monetaristische Politik, d.h. in erster Linie die Ziele der monetären Stabilität und einer strikten Haushaltskonsolidierung, zu verfolgen

3.1. Die Vorbereitung der europäischen Agenda

Der Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems in den frühen siebziger Jahren und die wachsende Bedeutung der Finanzmärkte markierten einen tiefen Wandel in der globalen und nationalen Reproduktion sozio-ökonomischer und politischer Beziehungen (Helleiner 1994). Das Finanzkapital wurde gegenüber dem produktiven/ investiven Kapital aufgewertet, und die unmittelbare Beschäftigungswirksamkeit politischer Maßnahmen spielte fortan nur noch eine untergeordnete Rolle. Das läßt sich nicht nur an der Entwicklung der Profit- und Einkommensverteilung ablesen (Holman/van der Pijl 1996), sondern auch daran, daß sich die politischen Prioritäten verschoben und redefiniert wurden. Die neo-liberalen und monetaristischen Prinzipien, die einen wachsenden Druck auf die nationalen Regulierungssysteme - insbesondere auf den Keynesianischen Wohlfahrtsstaat - ausübten, traten mehr und mehr in den Vordergrund. Ideologisch wurde die „neoliberale Konterrevolution“ durch wichtige angelsächsische think tanks vorangetrieben, die die „Befreiung“ der Marktkräfte von regulierenden Eingriffen, gesetzlichen Restriktionen und anderen „Rigiditäten“ propagierten (Plehwe/Walpen 1999; Cockett 1995). Die Kernideen dieser ökonomischen und politischen Eliten - weniger Staatsintervention, Angebotsökonomie, Austeritätspolitik, etc. - bildeten das intellektuelle Amalgam für einen sozialen Roll-Back in Westeuropa. Ab Ende der siebziger Jahre fanden neoliberale und neokonservative Ansätze, die insbesondere von den transnationalen Kapitalfraktionen befürwortet wurden, Eingang in die Politikkonzepte einiger Nationalstaaten. Nachdem mehrere kontinentaleuropäische Länder bereits zuvor einzelne neoliberale Elemente in die Politik eingeführt hatten, setzte die britische Thatcher-Regierung das neoliberale Programm in Europa sehr konsequent und radikal auf die politische Agenda. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kam der europäische Integrationsprozeß fast vollständig zum Erliegen. Zwar wurde der *acquis communautaire* nicht in Frage gestellt, doch führte der integrationspolitische Stillstand in eine Phase der sog. „Eurosklерose“. Diverse Versuche, den Prozeß der politischen Integration zu beschleunigen und die supranationalen Elemente auszuweiten, scheiterten (wie z.B. der Werner-Plan, das Abkommen zur ökonomischen Konvergenz, sozialpolitische Initiativen). In Folge der Weltwirtschaftskrise kam es zu einer Renationalisierung der Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus wurde immer offensichtlicher, daß die Regulierungskapazitäten sowie die finanziellen Ressourcen der EG bei weitem nicht ausreichten, um effektiv und adäquat auf die ökonomische Krise reagieren zu können (Ambrosius 1996: 123). Beide Elemente - das Scheitern traditionell keynesianischer Initiativen und die zunehmende Bedeutung neoliberaler Ideen in der nationalen Politik - schufen zugleich jedoch günstige Voraussetzungen, um auch auf der europäischen Ebene ein liberales Projekt zu lancieren.

Das EWS stellt auf den ersten Blick eine eher „technokratische“ Initiative dar. Gleichwohl spielte es zu Beginn der neoliberalen Restrukturierung eine sehr wichtige Rolle (McNamara 1998: 122f1). Die Beweggründe für ein europäisches Wechselkurssystem waren zunächst primär defensiv: Der Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems verursachte nicht nur zwischen dem Dollar und der D-Mark, sondern auch zwischen der D-Mark und den übrigen europäischen Währungen große Wechselkursschwankungen. Insbesondere für die Exportwirtschaft - allen voran für die deutsche - stellte sich das Problem, daß für grenzüberschreitende Transaktionen die Kalkulationsbasis erodierte und zunehmend unsicherer wurde. Deshalb bestand das gemeinsame Ziel der Mitgliedsländer darin, zuverlässige und weniger anfällige Wechselkursbeziehungen für den intra-europäischen Handel zu schaffen und die Abhängigkeit des europäischen Exports von der fluktuierenden DM-Dollar-Relation aufzuheben. Darüber hinaus hoffte die französische Regierung, über das EWS die deutsche „Stabilitätskultur“ zu importieren und im Währungsverbund über die europäische Geldpolitik mitbestimmen zu können. Nachdem das EWS eingesetzt wurde, zeigte sich jedoch schnell die Asymmetrie des deutsch-französischen Kompromisses, da in der Folgezeit die deutsche Bundesbank ihre Dominanz innerhalb des EWS stetig ausbauen konnte.

Vermittelt über das EWS disziplinierten und sanktionierten die internationalen Kapitalmärkte die politischen Orientierungen der Regierungen. Fast alle Mitgliedsländer schwenkten im Verlauf der achtziger Jahre auf einen austeritätspolitischen Kurs ein. Die Implementierung des EWS stimulierte einen neoliberalen Diskurs, der die meisten Regierungen inspirierte bzw. darin bestärkte, die Märkte zu deregulieren und die Staatsquote durch massive Privatisierungen zu senken. Bereits in den frühen achtziger Jahren mußte die französische Linksregierung erfahren, daß der Handlungsspielraum für eine eigenständige keynesianische Politik sehr begrenzt war. Die ausgeprägte Nachfragepolitik der Mitterand-Regierung - staatliche Ausgabenprogramme, Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen und eine kontinuierliche Abwertung des Francs konfligierte deutlich mit den neoliberalen Vorgaben der internationalen Finanzmärkte und dem EWS-Arrangement. Schließlich entschied sich Mitterand, den stark unter Druck geratenen Franc zu stabilisieren und im EWS zu halten. Die Strategie des „Keynesianismus in einem Land“ war damit gescheitert, und die „härteste Nuß“ (Howell 1992), die sich der Einführung einer marktliberalen Politik widersetzte, war geknackt.

Im Rückblick bildete das EWS den Startschuß für die Restrukturierung in Europa, da es traditionelle institutionelle Strukturen aufbrach und die Mitgliedstaaten dazu zwang, Haushaltsdisziplin und eine restriktive Geldpolitik zu akzeptieren. Darüber hinaus stärkte es die deutsch-französische Achse, den Motor aller nachfolgenden Integrationsschritte. Dennoch entwickelte das EWS über die konkrete Umsetzung hinaus keine nennenswerten Impulse für den europäischen Integrationsprozeß. In erster Linie zeichnete sich das Vorhaben durch einen technischen Charakter aus und nicht durch ein ausstrahlungsfähiges Projekt, das zusätzliche politische Initiativen erforderlich machte. Fragen der europäischen Integration spielten - mit der Ausnahme Frankreichs lediglich in den akademischen bzw. in Expertendiskursen eine Rolle. Trotz der Einigung über die monetäre Zusammenarbeit in Europa blieb die Bevölkerung gegenüber europäischen Fragen im allgemeinen recht indifferent.

3.2. Euphorischer Neoliberalismus

Dies änderte sich mit dem Binnenmarktprogramm Mitte der achtziger Jahre. Zu Beginn des Jahrzehnts war die Krise der europäischen Ökonomien noch nicht überwunden. Auf den Anpassungsdruck, der durch die Transformation des globalen Kapitalismus hervorgerufen wurde, reagierten die europäischen Länder zunächst mit nationalen Lösungsmustern und protektionistischen Maßnahmen. Der Modernisierungsrückstand ließ sich auf diese Art und Weise offenbar jedoch nicht beheben. Infolge der ökonomischen Krise von 1979 bis 1982 bemühten sich die politischen Akteure daher intensiver um europäische Lösungen. Diese konkretisierten sich schließlich in einem breit angelegten europäischen Deregulierungsprogramm, das von der Kommission, den nationalen Regierungen, vor allem

aber von den TNKs für unverzichtbar gehalten wurde, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können und die Produktivitätsnachteile der europäischen Ökonomie gegenüber Japan und den USA abzubauen (Sandholtz/Zysman 1989). Ohne Zweifel kommt im Binnenmarktprojekt die Dominanz ökonomischer Ziele sehr deutlich zum Ausdruck. Die Komplettierung des gemeinsamen Marktes durch die Beseitigung nichttarifärer (technischer, administrativer und politischer) Handelshemmnisse förderte den intra-europäischen Wettbewerb, erleichterte den Marktzugang für transnationale Unternehmen und führte schließlich zu einer soliden Basis, auf der sich die europäische Ökonomie in den neunziger Jahren entwickeln konnte. Der Binnenmarkt wurde - vor dem Hintergrund des gemeinsamen Ziels, verbesserte Wettbewerbsbedingungen herzustellen - von einer breiten Koalition nationaler und supranationaler Akteure unterstützt. In erster Linie waren es die export-orientierten Kapitalfraktionen, die das Projekt nicht nur unterstützten, sondern über den European Round Table of Industrialists auch maßgeblich den Inhalt und die Umsetzung des Binnenmarktprogramms bestimmten (van Apeldoorn 1999; Doherty/Hoedemann 1997; Cowles 1995). Gleichzeitig versuchte die EU-Kommission sich als eigenständiger policy-maker im europäischen Institutionengefüge zu profilieren. Der Kommissar für Industriepolitik, Etienne Davignon, und der damalige Kommissionspräsident, Jacques Delors, verstanden es, relativ stabile ideologische Bindungen und Kommunikationsstrukturen zwischen den transnationalen Kapitalfraktionen, der Kommission und den nationalen Regierungen zu knüpfen. Das Projekt wurde jedoch auch deshalb erfolgreich umgesetzt, da das Binnenmarktprogramm eine ideale

Einer der Schlüsselbegriffe des (europäischen und nationalen) Modernisierungsdiskurses lautete „Wettbewerbsfähigkeit“. Bezogen auf die EG bedeutete dies, die nationalen Märkte zu deregulieren und damit die strategische Priorität der ökonomischen Integration - in Gestalt der sog. „vier Freiheiten“ (von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften) - durchzusetzen. Statt „positiver Integration“, d.h. der supranationalen Harmonisierung unterschiedlicher Normen und Institutionen, wurde die „negative Integration“ und die gegenseitige Anerkennung der nationalen Normen und Standards zum vorherrschenden Prinzip des europäischen Integrationsmodus. Durch die Konkurrenz zwischen den nationalen Regimes der politischen und administrativen Regulierung erhoffte man sich, die industrielle, ökonomische und soziale Modernisierung voranzutreiben.

Auch die sehr optimistischen Prognosen über die (beschäftigungspolitischen) Effekte des Binnenmarktes begünstigten die Renaissance des Integrationsprozesses. Der 1987 publizierte Cecchini-Bericht vertrat die Ansicht, daß ein sogenannter Nachfrageschock zu Wohlfahrtsgewinnen von bis zu 6,4 Prozent, zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte von zwei Prozent und kurzfristig zu sieben Prozent Wirtschaftswachstum sowie 1,8 Millionen neuen Arbeitsplätzen in Europa führen würde (Cecchini 1988). Dies zeigt, daß das Binnenmarktprogramm - wie auch das EWS - in erster Linie durch seinen ökonomischen Erfolg legitimiert wurde. Tatsächlich überdeckte der wirtschaftliche Boom und die positive Beschäftigungsentwicklung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre viele der negativen Seiten der neoliberalen Wettbewerbsstrategie: dazu zählten in erster Linie die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, eine beschleunigte Rationalisierung der Unternehmen und Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen (z.B. in der Arbeitslosenversicherung).

Das Binnenmarktprojekt war sicherlich der Höhepunkt einer „Anpassungsstrategie von oben“, die nicht durch einen ex ante (aktiven) Konsens, sondern durch die "good performance of the tack" (Mitrany 1975) legitimiert wurde. Funktionalistische Projekte wurden in diesem Sinne durch den (ökonomischen) Erfolg und eine effiziente Administration passiv legitimiert und nicht durch eine breite demokratische Debatte mit nachfolgender Zustimmung. Auf diese Art und Weise wurde zwischen den Eliten und der Bevölkerung ein „permissiver Konsens“ über den Fortgang der europäischen Integration etabliert, der solange aufrechterhalten werden konnte, wie die Projekte ökonomischen Erfolg zeitigten oder zumindest den sozialen und materiellen Status weite Teile der Bevölkerung nicht in Frage stellten. Im Rahmen des Binnenmarktprogramms wurde dieser Konsens zusätzlich über flankierende Maßnah-

men gestärkt. So erwarteten viele, daß das Deregulierungsprojekt lediglich das Startsignal für weitere Integrationsschritte geben würde. Zumindest mittelfristig, so die allgemeine Stimmungslage, würde durch spill-over-Effekte die politische und soziale Integration auch in anderen Bereichen vorangetrieben werden (z.B. in der Beschäftigungs-, Technologie- und Währungspolitik).

Auch wenn sich in der Folgezeit die prognostizierten sozialen und beschäftigungspolitischen Erfolge nicht einstellten, war die Ausstrahlungsfähigkeit des gemeinsamen Marktes nach wie vor sehr groß. Das Projekt fungierte als ein doppelter Mythos: Mit Blick auf den globalen Wettbewerb verfolgte es „eine dynamische, vorwärtsweisende paneuropäische politische und ökonomische Identität für das nächste Jahrtausend, was impliziert, daß das 21. Jahrhundert eher ein europäisches als ein 'pazifisches' Jahrhundert sein wird." (Gilt 1992: 164) Und mit Blick auf die innere Reorganisation der sozio-ökonomischen Strukturen verkörperte das Binnenmarktprogramm eine überzeugend präsentierte Möglichkeit, Europa aus der Rezession zu führen und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

3.3. Neoliberale Disziplinierung und die Politisierung der Europäischen Integration

Das dritte Projekt der neoliberalen Restrukturierung wurde noch im Sog dieser "Europhorie" vorbereitet. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, die sowohl eine politische als auch eine ökonomische Herausforderung für die hegemoniale Struktur der Europäischen Union darstellte, konkretisierte sich die Initiative für eine Wirtschafts- und Währungsunion. Das fragile „Gleichgewicht der Ungleichgewichte" zwischen Deutschland und Frankreich, das auf der „Bombe und der D-Mark" (Moisi 1988) basierte, wurde durch die geopolitische Verschiebung nach 1989 empfindlich gestört. Frankreich und Großbritannien fürchteten angesichts der abnehmenden Bedeutung sicherheitspolitischer Aspekte, daß ihr Einfluß auf den Integrationsprozeß schwindet und Deutschland an ökonomischer und insbesondere an politischer Macht dazu gewinnt. Darüber hinaus wurde es immer illusorischer anzunehmen, daß das EWS in der Lage wäre, eine gemeinsame Kontrolle über die europäische Geldpolitik zu gewährleisten. Trotz deutlicher Rezessionstendenzen in den Nachbarstaaten, die durch eine weitgehende Sterilisierung der Binnennachfrage über hohe Zinsen mitverursacht wurde, hielt die Deutsche Bundesbank an ihrer restriktiven Geldpolitik fest, um die durch die Wiedervereinigung bedingten inflationären Tendenzen in Deutschland zu bekämpfen.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen ist es deshalb nicht weiter überraschend, daß sich während des Ratifizierungsprozesses zum Masstrichter Vertrag konkurrierende nationale Strategien herausbildeten. Abgesehen vom gemeinsamen Ziel, die durch die erhöhte Kapitalmobilität induzierte Instabilität im EWS-System aufzufangen und die Transaktionskosten im intra-europäischen Handel zu reduzieren, verbanden die nationalen Regierungen mit der Verwirklichung der EWU unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Ziele. Vor allem die französische Regierung war bestrebt, das geographisch, ökonomisch und politisch stärkere Deutschland enger in die europäischen Strukturen einzubinden. Die südeuropäischen Länder verfolgten generell das Ziel, ihren Einfluß auf die europäische Geldpolitik auszubauen und die als Diktat empfundene deutsche Geldpolitik durch eine gemeinsame Politik im Rahmen einer europäischen Zentralbank zu ersetzen. Die deutsche Bundesregierung, insbesondere die Bundesbank standen einer - aus ihrer Sicht - verfrühten Währungsunion hingegen skeptisch gegenüber, ohne die politische Zustimmung allerdings noch länger blockieren zu können. In der Folgezeit versuchten deshalb das Finanzministerium und die Bundesbank ihre Vorstellungen und Leitlinien stärker zur Geltung zu bringen. Die vom deutschen Stabilitätsmodell inspirierten Konvergenzkriterien erhöhten die monetäre Disziplin, und der Anpassungsdruck auf die Mitgliedstaaten nahm zu. Um den teilweise rigiden Anpassungszwängen die politische Sprengkraft zu nehmen, versuchten die neoliberalen Kräfte - über die Unabhängigkeit der Zentralbanken und die administrativen Konvergenzkriterien - die EWU zu depolitisieren. Denn augenscheinlich konnte das EWU-Projekt keine neuen Legitimationsressourcen für den weiteren Integrationsprozeß bereitstellen.

Es beschleunigte vielmehr den Wandel von einem eher konsensualen zu einem stärker disziplinierenden Neoliberalismus. Mit der Institutionalisierung der monetaristischen Prinzipien (Maastrichter Vertrag, Konvergenzkriterien, Stabilitätspakt) traten die Zwangselemente deutlicher hervor. Die technokratische Ausgestaltung der EWU zwang zu „unpopulären“ Maßnahmen (drastische Haushaltskonsolidierung, Einschnitte in das soziale Netz etc.), während die konsensualen Elemente, die bei der Errichtung des Binnenmarktes bestimmend waren, nicht mehr ausreichten, um die Reproduktion der hegemonialen Strukturen zu gewährleisten. Eine Konsequenz dieses „neuen Konstitutionalismus“ war ein technokratischer Diskurs, der die sozialen und politischen Implikationen des Umsetzungs- und Anpassungsprozesses ignorierte bzw. unterdrückte und die Legitimität des neoliberalen Diskurses verblassen ließ.

Seit den frühen neunziger Jahren führten die wirtschaftliche Stagnation und steigende Arbeitslosenzahlen dazu, daß weitere monetäre Integrationsschritte kaum noch attraktiv und plausibel zu sein schienen. Die widersprüchliche Verknüpfung von ökonomischer Integration und monetärem Dogmatismus auf der einen und dem Versuch, auf nationaler Ebene die Gesellschaften sozial zu konsolidieren, auf der anderen Seite, wurde angesichts der sozialen Fragmentierung der Gesellschaften immer offensichtlicher. Im Gegensatz zum Binnenmarktprogramm interpretierten große Teile der Bevölkerung die EWU nicht als eine Strategie zur Bewältigung der drängenden materiellen und sozialen Probleme. Im Gegenteil, die Währungsunion wurde als eine zusätzliche Beschleunigung der monetaristischen Logik aufgefaßt, die den noch verbliebenen - aber bereits stark eingeschränkten - politischen Handlungsspielraum auf nationalstaatlicher Ebene weiter einengt. Die wachsende Angst vor einer tiefen

ökonomischen Krise und ein Integrationsprojekt, das nur schwer zu vermitteln war, setzten der Phase der "Europhorie" damit ein jähes Ende. Die Ratifizierungsprobleme in Frankreich und Dänemark (gefolgt vom „Nein“ in Norwegen und der Schweiz) waren erste Anzeichen einer tiefen Legitimationskrise der EU, der sog. „Post-Maastricht-Krise“ (Deppe/Felder 1993).

Das Legitimationsproblem umfaßt mehrere Dimensionen: Dazu gehören neben der mangelnden Transparenz und dem Charakter der europäischen Governance-Struktur auch eine Repräsentationskrise, die Schwäche der Politik sowie die Abwesenheit einer verbindenden europäischen Identität, wie z.B. gemeinsame Werte, Geschichte und Kultur (Obradovic 1996). Das hervorstechendste Moment der Legitimationskrise ist jedoch der Anstieg und die Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit sowie die soziale Fragmentierung der Gesellschaft, die die passiven pro-europäischen Haltungen langfristig unterhöhlt. Die Identifikations- und Repräsentationskrise bleibt dabei nicht auf die europäische Ebene beschränkt. Sie erfaßt ebenfalls die Regierungen, die dafür verantwortlich sind, daß die nationalen sozio-ökonomischen Strukturen reformiert und modernisiert und an die europäischen Vorgaben angepaßt werden. Als Folge der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Kürzungen im Bildungsbereich und des generellen Abbaus des Wohlfahrtsstaates sind nun auch die privilegierten Schichten der Lohnabhängigen von einer allgemeinen sozialen und materiellen Unsicherheit betroffen. Weite Teile der Mittelklasse werden von einer diffusen „Angst vor dem Absturz“ (Ehrenreich 1994) erfaßt, die oft in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung der europäischen Integration gesehen wird. Neben der generellen Angst vor einem „sozialen Dumping“ wird nicht akzeptiert, daß die Austeritätspolitik „unter der Peitsche der Konvergenzkriterien“ (Ziebura 1995: 27) weiter verschärft wird. Diese vage Unzufriedenheit artikuliert sich unter anderem in den Streiks 1995/96 in Frankreich, als kritische Intellektuelle das neoliberale Einheitsdenken (*pensee unique*) attackierten und dafür plädierten, die Ökonomie wieder stärker mit politischen und sozialen Fragen zu verknüpfen. In dieser Perspektive darf die Geld- und Wirtschaftspolitik nicht mehr länger ausschließlich dem regelgebundenen Handeln einer Bürokratie („Idee Bundesbank“) bzw. dem freien Spiel der Marktkräfte unterworfen sein, sondern muß

durch souveräne politische Entscheidungen wieder in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden (Bourdieu u.a. 1997).

4. Die gegenwärtige europäische Konfiguration

Interessen-basierte rationale Strategien und Formen der diskursiven Interaktion sowie der affektiven Imagination sind oben als maßgebliche Komponenten politischer Projekte identifiziert worden. Dies gilt auch für die Projekte der europäischen Integration. Gegen Ende der neunziger Jahre treten zwischen den verschiedenen Komponenten eine Reihe von Spannungen hervor. Während der Inhalt der diskursiven Interaktion - wenn auch zuweilen durch kommunitaristische Ideen ergänzt oder modifiziert (Bieling 1998) - immer deutlicher neoliberal wird, sind große Teile der Bevölkerung immer weniger bereit, die sozialen Konsequenzen der neoliberalen Restrukturierung zu akzeptieren. Die Auswirkungen der neoliberalen Strategien erscheinen ihnen nicht mehr als so positiv und verlockend wie noch einige Jahre zuvor. Dies zeigt sich auch darin, daß ab Anfang der neunziger Jahre die Auflösung des permissiven Konsenses, der die europäische Integration lange getragen hatte, voranschreitet und in eine offene Unzufriedenheit und manifeste Legitimationskrise übergeht.

In der Vergangenheit gründeten sich die Legitimität und die konsensualen Elemente der neoliberalen Hegemonie auf den erwarteten Nutzen des ökonomischen Erfolgs:

„Die funktionalistische Konstruktion von Zukunft als eine rationale zeitlose Verlängerung der Gegenwart ist an die Vorstellung von Politik als technischer Effizienz gekoppelt. Lange war dies natürlich ein Bestandteil des ökonomischen Aspekts des Funktionalismus in der EU: da Experten von Grund aus am besten dazu geeignet sind, Fragen des Marktes zu behandeln und solange die Effizienz der ökonomischen Integration unumstritten ist, gibt es weder einen Grund, die repräsentative Politik in die europäische Regulation mit einzubeziehen noch sind Legitimationsprobleme zu erwarten.“ (Hansen/Williams 1999: 244)

Während des vergangenen Jahrzehnts ist der funktionalistische „Diskurs der Entpolitisierung“ - die Monnet-Methode - dann jedoch wiederholt in Frage gestellt worden (Patomäki 1997). Vor allem die neoliberale Überdehnung des utilitaristischen und produktivistischen Integrationsmodus erzeugt interne Störungen. Diese Störungen äußern sich verschieden: zum einen im wohlbegründeten Gefühl großer Bevölkerungsgruppen, daß sie die Kosten der ökonomischen Modernisierung und Anpassung zu tragen haben und gleichzeitig von den (supranationalen) Entscheidungen ausgeschlossen sind; zum anderen darin, daß die transnationalen Arrangements ernsthaft geschwächt werden. In den nationalen Debatten, die von den widersprüchlichen Positionen verschiedener sozialer Kräfte bestimmt werden, ist Europa zunehmend umstritten. Hierbei wird erkennbar, daß es nicht nur widerstreitende nationale, sondern auch soziale Interessen im europäischen Integrationsprozeß gibt; und da die EU keine ausreichenden Ressourcen und Mittel bereitstellt, um die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, wird sie auch in den kommenden Jahren einer scharfen öffentlichen Kritik ausgesetzt sein. Kurzum, angesichts der vielfältigen internen - ökonomischen, sozialen und institutionellen - Probleme, ist die EU nur unzureichend darauf vorbereitet, die neuen Herausforderungen der nächsten Dekade zu bewältigen.

Trotz abweichender politischer Bewertungen, sind sich die meisten Beobachter und Kommentatoren in diesem Punkt einig. Konsens besteht vor allem darüber, daß grundlegende Reformen erforderlich sind, um die Legitimitätskrise zu überwinden, z.B. institutionelle Reformen, neue Kriterien und Modi der finanziellen Redistribution (insbesondere im Bereich der Regional- und Agrarpolitik), eine beachtliche Reduzierung der Erwerbslosigkeit etc. Zudem gibt es auch eine gemeinsame Auffassung darüber, was für die EU die besonders drängenden Herausforderungen sind: vor allem die erfolgreiche Vollendung der EWU, die Definition der neuen Rolle des vereinigten Deutschlands und der Prozeß der Osterweiterung (Anderson 1997). Ungeachtet dieser Übereinstimmung, gehen die meisten wissenschaft-

lichen Analysen und Empfehlungen den Schwierigkeiten, die mit diesen Herausforderungen verbunden sind, nicht wirklich auf den Grund. Oft plädieren sie nur für einige kleinere (technische, regulative und kommunikative) Anpassungen. Die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten - die Sozial- und Wirtschaftsverfassung der EU, einschließlich des institutionellen Rahmenwerks und den zugrundelegenden Machtverhältnissen - bleiben jedoch ausgeklammert.

Offenbar haben die politischen und ökonomischen Eliten keine überzeugende Vorstellung davon, wie die widerstreitenden sozialen und nationalen Interessen zusammenzuführen sind. Der Vorschlag, die Zentralisierung von politischen Kompetenzen voranzutreiben und zugleich eine größere Flexibilität zuzulassen (Moravcsik 1998), dürfte sich ebensowenig als hinreichend erweisen wie die letzten Vertragsrevisionen oder die Agenda 2000. Diese Initiativen repräsentieren bestenfalls einen technokratischen Inkrementalismus, aber keinesfalls einen „motivierenden sozialen Mythos“. Vor allem sind jene Bevölkerungsgruppen wenig begeistert, die eine neue europäische Agenda für Wohlfahrt, soziale Gerechtigkeit und demokratische Partizipation verlangen. Solche Fragen werden in dem Maße wichtiger, wie mehr und mehr Menschen im Zuge der ökonomischen Restrukturierung ihren Arbeitsplatz oder sozialen Status verlieren. Darüber hinaus entstehen durch die soziale, berufliche und räumliche bzw. regionale Konzentration von „Verlierergruppen“ neue Bedingungen für den Protest und Widerstand gegen neoliberale Maßnahmen; insbesondere dann, wenn hierdurch - wie mit der Protestwelle ab Mitte der neunziger Jahre - ein Schneeball-Effekt angestoßen wird. Vorerst haben sich diese Proteste allerdings nur in sozialdemokratischen Wahlerfolgen kristallisiert. Weder auf der nationalen noch auf der europäischen Ebene hat dies bislang einen durch greifenden Wandel der politischen Strategien zufolge. Von daher läßt sich schlußfolgern: Trotz andauernder oder sogar wachsender sozioökonomischer Probleme und sporadischen politischen Protesten, ist das Leitprinzip in der derzeitigen Phase der europäischen Integration nicht die Abkehr, sondern die Konsolidierung der neoliberalen Konfiguration.

Die sozialen Kämpfe und zwischenstaatlichen Konflikte werden durch das europäische Mehrebenensystem sowohl stimuliert als auch ausbalanciert. Auf der einen Seite zwingt die sozioökonomische Konstitution der EU die Regierungen und politischen Akteure dazu, die Dynamiken der „kompetitiven Deregulierung“ und „kompetitiven bzw. (selbst-)verordneten Austerität“ zu befolgen und die verschärften sozio-ökonomischen Problemlagen zu akzeptieren. Trotz einiger Korrekturen im Vertragswerk der EU - z.B. die Einführung qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse im Bereich der Sozialpolitik und ein neues Kapitel zur Beschäftigungspolitik - werden sich derartige Tendenzen wahrscheinlich intensivieren. Auf der anderen Seite sind sich die politischen Entscheidungsträger - nach der sogenannten „Post-Maastricht-Krise“ - in wachsendem Maße darüber im Klaren, daß sie den eingeschlagenen Pfad ohne die Stabilisierung der europäischen Gesellschaften nicht weiter fortsetzen können. Entsprechend geben sie, indem sie die sog. Sozialpartner, d.h. Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften, auf der supranationalen wie nationalen Ebene stärker mit einbeziehen (Dolvik 1999; Falkner 1998), Anreize für eine neue politische Kultur des Konsenses und der Kooperation. Ob dieser Versuch, die öffentliche Zustimmung zu verbessern und auf eine breitere Grundlage zu stellen, von Erfolg gekrönt sein wird, bleibt abzuwarten. Einiges spricht dafür, daß sich die weitgehend symbolischen Formen der kooperativen Entscheidungsfindung als unzureichend und nicht bestandsfähig erweisen werden. Gegenwärtig beschränken sie sich nur auf Bereiche von zweitrangiger Bedeutung, z.B. auf die Arbeitsplatzregulierung und Arbeitsmarktpolitik. Trotz des „Köln-Prozesses“, d.h. eines unverbindlichen Informationsaustausches der makroökonomischen Akteure, bleiben die fundamentalen Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik gegenüber der korporatistischen Einflußnahme und demokratischen Kontrolle nach wie vor abgeschirmt. Der neue Typus des supranationalen Korporatismus ist primär symbolisch. Er bewegt sich in einem vollkommen veränderten sozio-ökonomischen Umfeld mit einem wenig interventionsbereiten bzw. -fähigen Staat. Im Vergleich zu den alten (nationalen) Formen sind

die korporatistischen Verhandlungen auf der europäischen Ebene zudem durch fragile institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen geprägt. So sind die föderalen Organisationen von Kapital und Arbeit (UNICE und der EGB) ziemlich schwach; und die EU Kommission, die als staatsähnliche europäische Institution maßgeblich involviert ist, kann aufgrund der bestehenden europäischen Kompetenz- und Ressourcenverteilung kaum Anstöße zu weiterreichenden und verbindlichen Kompromissen geben.

(...)

5. Perspektiven alternativer Projekte

Die Versuche in einigen Mitgliedstaaten, den neoliberalen Entwicklungspfad durch einen spezifischen nationalen Wettbewerbskorporatismus zu konsolidieren, dürfen nicht darüber hinweg täuschen, daß seit Mitte der neunziger Jahre der Widerstand gegen den Anpassungskurs und damit auch gegen Inhalt und Richtung der Europäischen Integration zunahm. Sowohl die konzertierte und dauerhafte Austeritätspolitik in Europa als auch der Versuch einiger nationaler Regierungen, die Verantwortung für die gesellschaftliche Umgestaltung und die damit verbundenen „gesellschaftlichen Härten“ auf den „Sachzwang Europa“ zu schieben, nährte in der Bevölkerung das Bewußtsein, daß die gegenwärtige europäische Politik den weiteren Abbau der sozialen Sicherheit und die soziale Fragmentierung beschleunigt. Aufgrund der Vorgaben des Binnenmarktes und der EWU wurden in den Nationalstaaten gerade die Institutionen geschwächt, die in der Vergangenheit für ein gewisses Maß an sozialer Kohäsion standen, so z.B. die soziale Sicherung, der öffentliche Dienst, die Bildungssysteme etc. In dem Maße, wie die Auswirkungen der Europäischen Integration für die eigene materielle und soziale Situation von weiten Teilen der Bevölkerung verantwortlich gemacht wurden, entwickelte sich Europa zu einem zentralen innenpolitischen Konfliktthema, das eng mit der ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten verknüpft ist.

Die diffuse Unruhe drückte sich - neben der Abwahl einiger konservativer Regierungen - nicht zuletzt auch in den zahlreichen Protesten und Konflikten der letzten Jahre aus. Hierzu zählen neben den Streiks in Frankreich 1995/96 auch die Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Deutschland und die europäischen Märsche der Arbeitslosen 1997. Neu war an diesen Protesten, daß nicht mehr ausschließlich die klassischen Arbeitskämpfe im Mittelpunkt standen. Während z.B. in Frankreich die sektoriellen Konflikte harte Auseinandersetzungen über Löhne, Entlassungen und Renten zur Grundlage hatten, führten die Angriffe auf den öffentlichen Dienst und die Sozialversicherung dazu, daß sich der Widerstand ausdehnte und auf eine gesellschaftliche Ebene gehoben wurde. Die Streikenden und Demonstranten artikulierten sich nicht mehr nur als Lohnabhängige, sondern auch als "citoyens", die unter den Bedingungen allgemeiner Unsicherheit für ein Minimum an öffentlich garantierten sozialen Rechten kämpften (Groux 1997; van der Pijl 1998: 31ff).

Dieser eher diffuse Widerstand gegen die „neoliberale Invasion“ (Bourdieu), wurde von zahlreichen Interventionen kritischer Intellektueller begleitet. Neben der Kritik am ökonomischen Einheitsdenken ging es um die Frage, wie vor dem Hintergrund der europäischen Integration die Probleme der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Fragmentierung gelöst werden können. Im Gegensatz zu den Debatten in den achtziger Jahren als sich - insbesondere in Frankreich - eine klare Dichotomie zwischen den Verteidigern einer nationalen Identität und Souveränität und den Anhängern einer (passiven) Anpassungsstrategie an die supranationalen Vorgaben herausbildete, bezieht sich ein Großteil der aktuellen kritischen Interventionen im Keim auf unterschiedliche Vorschläge und Projekte für ein sozial verantwortliches politisches Europa. Gemeinsam ist den Vorschlägen, daß sie die Notwendigkeit betonen, die Ökonomie wieder in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Die oberste Priorität der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik muß der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit sein - ohne hierbei in nationalistische Politikmuster zurückzufallen.

Abgesehen von diesen relativ allgemeinen Gemeinsamkeiten unterscheiden sich die spezifischen Projekte sowohl in der Bedeutung, die sie der europäischen Ebene beimessen, im Einfluß, den sie auf die gegenwärtige Debatte haben, sowie hinsichtlich des utopischen Gehalts. Das Spektrum der unterschiedlichen Vorschläge reicht von konzertierten Maßnahmen für ein dauerhaftes ökonomisches Wachstum über den Bruch mit den Stabilitätskriterien bis hin zur Schaffung eines europäischen Wohlfahrtsstaates. Grosso modo können gegenwärtig drei alternative Projekte unterschieden werden:

1. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu, der seit den Streiks 1995/96 einer der aktivsten intellektuellen Verfechter der sozialen Errungenschaften Kontinentaleuropas ist, sieht in einem Europäischen Wohlfahrtsstaat die einzige Chance, sowohl „einem tatsächlichen Nationalismus als auch einem falschen Internationalismus zu entkommen, der nur die Maske eines veritablen Imperialismus ist.“ (Bourdieu 1996: 178) Europa, so Bourdieu (1998: 129), muß politisch neu definiert werden und hierbei vier zentrale Felder der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigen: die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, die transnationale Gewerkschaftsbewegung, die Harmonisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme sowie das Verhältnis von Ökonomie und Sozialpolitik. Bourdieu schlägt einen Modus der graduellen Entwicklung vor; eine sogenannte "generative Politik", die er nur sehr vage andeutet und die durch Intellektuelle, Gewerkschaften und andere Organisationen unterstützt werden soll. Letztlich soll eine solche Vernetzung zu einer „Internationale der Intellektuellen und der sozialen Bewegungen“ führen. Bourdieus zentrales Anliegen ist es, utopisches Denken zu rehabilitieren.

„Ein begründeter Utopismus fehlt dem heutigen Europa ohne Zweifel am meisten. Sich dem Europa zu widersetzen das wir gedrängt durch die Banken akzeptieren sollen bedeutet nicht, Europa an sich von einem nationalistischen Standpunkt aus abzulehnen, wie das einige tun, sondern progressiv ein neoliberales Europa zurückzuweisen.“ (Bourdieu 1998: 128)

Aus der Forderung nach einem Europäischen Wohlfahrtsstaat entwickelt er jedoch keine konkrete Umsetzungsstrategie. Seine Vorschläge bleiben recht abstrakt, da sie die politischen und strukturellen Probleme, durch die eine substantielle supranationale Regulierung bzw. die Substituierung nationaler Wohlfahrtssysteme verhindert wird, nicht reflektieren. Abgesehen von einigen Ausnahmen - z.B. die Proteste in Vilvorde - bleibt der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Aktivitäten bisher weitgehend auf den nationalen Politikkontext beschränkt. Versuche, konkrete politische Ziele zu formulieren, die ein gemeinsames europäisches Problembewußtsein stimulieren könnten und damit die Voraussetzung für eine tatsächliche europäische soziale Bewegung bilden, sind bisher gescheitert. Bourdieus „begründeter Utopismus“ bleibt damit zu abstrakt bzw. abseits aller - sogar progressiver - Diskussionen über die Zukunft der europäischen Integration. Sicher stärken die intellektuellen Invektiven Bourdieus die Idee des sozialen Europas. Auf absehbare Zeit ist es jedoch sehr unwahrscheinlich, daß diese Idee unter den progressiven sozialen Kräften an Einfluß gewinnt und damit zu einem attraktiven und mobilisierenden Projekt avanciert, das in der Lage wäre, eine Allianz unterschiedlicher Intellektueller und sozialer Bewegungen zu schmieden.

2. Die gegenwärtige Strategie der europäischen Gewerkschaften, die eine zentrale Rolle im Konzept Bourdieus spielen, ist weniger ambitioniert. Sie reflektiert vielmehr die großen Hindernisse, die dem Aufbau eines einheitlichen europäischen Tarifverhandlungssystems im Wege stehen. Angesichts der institutionellen Vielfalt auf nationaler Ebene, den traditionellen Unterschieden der Sozialsysteme und des Widerstands der Unternehmen gegen jegliche supranationale Reregulierung scheint die Strategie einer umfassenden supranationalen Regulierung blockiert zu sein. Der sog. Koordinationsansatz, der bereits in die gewerkschaftlichen Strategien Eingang gefunden hat, versucht diese Blockade aufzuheben. Statt zentralisierten europäischen Tarifverhandlungen strebt er eine bessere transnationale Koordinierung nationaler Gewerkschaftsstrategien an. Auch wenn der Schwerpunkt der Politikdurchsetzung und -gestaltung weiterhin auf der nationalen Ebene liegt, soll die engere Koordinierung dazu führen, Sozialdumping zu unterbinden und Minimumstandards zu formulieren. In einigen europäischen

Gewerkschaftsausschüssen - insbesondere in der Metallindustrie - sowie zwischen nationalen Gewerkschaftsverbänden (so z.B. die Erklärung von Doorn) wurden generelle Richtlinien über Löhne und Arbeitsbedingungen für nationale Tarifverhandlungen. Im Gegensatz zum supranationalen Ansatz hat der Koordinierungsansatz den Vorteil, daß er nicht von einer substantiellen Reorganisation der kollektiven Tarifvertragssysteme abhängig ist. Gleichzeitig scheint er die Logik der kompetitiven Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu schwächen und ist somit ein erster Schritt, die Dichotomie zwischen europäischer und nationaler Ebene zu überwinden. Während jedoch der europäische Wohlfahrtsstaat von Bourdieu kaum mit konkreten Zielen verknüpft ist, mangelt es dem sehr pragmatischen Ansatz der Gewerkschaften an utopischen Momenten, aus denen die Vision eines alternativen europäischen Projektes entspringen könnte. Mehr noch: Durch den - unter den gegebenen Handlungsbedingungen nachvollziehbaren - Fokus auf die nationalstaatlichen Strategien laufen die Gewerkschaften weiter Gefahr, sich aus den Auseinandersetzungen über die Entwicklung der europäischen Integration herauszuziehen bzw. diese passiv in den nationalstaatlichen Strategien zu reproduzieren. Darüber hinaus riskieren sie, daß in Phasen der ökonomischen Rezession die relativ schwach institutionalisierte „Verpflichtung“ zur transnationalen Koordination erodiert und sich die kurzfristige pragmatische Strategie der nationalen Wettbewerbspakte durchsetzt.

3. Der Minimum-Konsens des Koordinierungsansatzes kann deshalb langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn er in einen substantiellen makroökonomischen Politikwechsel auf europäischer Ebene eingebettet wird. Eine solche Reorientierung ist eine unabdingbare Voraussetzung, um die nationalstaatlichen Verteilungsspielräume zu vergrößern, die sozialen Probleme zu lindern und die daraus resultierende Legitimationskrise zu bekämpfen. Einer der profiliertesten Befürworter eines supranationalen ökonomischen Wandels ist der französische Ökonom Alain Lipietz (1997). Er fordert zum einen, die europäischen Steuersysteme zu harmonisieren, zum anderen plädiert er für eine neue europäische Initiative zur Arbeitszeitverkürzung. Die Steuerharmonisierung müßte insbesondere zum Ziel haben, dem Steuerdumping, das bisher zu einer Abwärtsspirale bei der Unternehmensbesteuerung sowie bei den Steuern auf Kapitaleinkünfte führte, ein Ende zu setzen. Durch die Mehreinnahmen, so Lipietz, können wiederum die Lohnnebenkosten gesenkt und die Sozialversicherungssysteme auf europäischer Ebene. Gleichzeitig kann dadurch auch ein Teil der Sozialabgaben substituiert werden. Die von anderen Ökonomen vorgeschlagene nachfrageorientierte Wachstumsstimulierung reicht nach Lipietz nicht aus, um das Problem der Massenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Ergänzend schlägt er deshalb eine umverteilungspolitisch abgestimmte Arbeitszeitverkürzung vor, die auf europäischer Ebene koordiniert wird. Dadurch können Wettbewerbsnachteile einzelner Länder vermieden werden.

Das „Memorandum of European Economists“ (1997) entwickelt ebenfalls eine konkrete Agenda für eine alternative makroökonomische Politik in der EU. (...)

Trotz der Anknüpfungspunkte sind jedoch auch die relativ konkreten Vorstellungen über ein alternatives Europa weit davon entfernt, hegemonial zu sein. Die Wirkungsmacht neoliberaler Prinzipien, die der internationalen ökonomischen Konfiguration und dem europäischen Integrationsprozeß gewissermaßen eingeschrieben sind, läßt erkennen, daß es von vorhandenen alternativen Vorschlägen bis zur Formierung eines Blocks sozialer Kräfte, der diese durchzusetzen vermag, ein langer Weg ist. Die Verwirklichung einer gesellschaftlichen Dimension der Europäischen Integration bzw. eines „sozialen Europas“ stand in der Vergangenheit vor vielen Problemen. Eine der höchsten Hürden war jedoch, daß es keine kritische europäische Öffentlichkeit gab, die sich - gerade auch im Hinblick auf die konkrete Lebenssituation - für ein soziales und demokratisches Europa einsetzte. Am Ende der neunziger Jahre scheint sich dies zumindest partiell zu ändern. Ursprünglich von ökonomischen und politischen Eliten entworfen, wird die europäische Integration nun zum zentralen Gegenstand zahlreicher innen-



politischer Debatten. Für den Diskurs eines alternativen makroökonomischen Ansatzes eröffnen sich damit neue Möglichkeiten, die externen Vorgaben und vermeintlichen Sachzwänge" zu politisieren.

Literatur

Ambrosius, G. (1996): Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien, Frankfurt/M.

Anderson, P. (1997): The Europe to come, in: Gowan, P./Anderson, P. (Hrsg.), The Question of Europe (London; New York), 121-145.

Apeldoorn, B. van (1999): Transnational Capitalism and the Struggle over European Order, unpublished Ph.D. Dissertation, European University Institute (Florenz).

Augelli, E./Murphy, CN. (1997): Consciousness, myth and collective actions. Gramsci, Sorel and the ethical state, in: Gift, S./Mittelman, J.H. (Hrsg.), Innovation and Transformation in International Studies (Cambridge), 25-38.

Bieling, T-I. J. (1998): Neo-liberalism and Communitarianism: towards a new type of employment policy in Western Europe?, Amsterdam International Studies Working Paper, No. 54 (Amsterdam).

Bourdieu, P. (1996): "Contre la destruction d'une civilisation ...", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41(1), 175-179.

- (1998): A reasoned utopia and economic fatalism, in: New Left Review 227, 125-130.

Bourdieu, P. u.a. (1997) Perspektiven des Protests. Initiative für einen europäischen Wohlfahrtsstaat (Hamburg).

Cecchini, P. (1988): The European Challenge - 1992. The benefits of a Single Market (Aldershot).

Cockett, R (1995): Thinking the Unthinkable. Think Tanks and the Economic Counter Revolution 1931-1983 (London; New York).

Cowles, M.G. (1995): Setting the agenda for a new Europe. The ERT and EC 1992, in: Journal of Common Market Studies, 33(4), 501-526.

Cox, RW. (1987): Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History (New York).

- (1998- Gramsci, Hegemonie und internationale Beziehungen. Ein Aufsatz zur Methode; in: ders., Weltordnung und Hegemonie in der Internationalen Politischen Ökonomie, FEG-Studie Nr. 11 (Marburg), 69-86.

Deppe, F./Felder, M. (1993> Zur Post Maastricht Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), FEG-Arbeitspapier Nr. 10 (Marburg).

Europäische Runde Tisch der Industriellen; in: Forum Wissenschaft, Heft 1, 6-11.

Dolvik, J.E. (1999): Die Spitze des Eisbergs? Der EGB und die Entwicklung eines EuroKorporatismus (Münster).

Ehrenreich, B. (1994): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse (Reinbek).

Falkner, G. (1998> EU Social Policy in the 1990s. Towards a corporatist policy community (London; New York).

Fourastie, J. (1979): Les trentes glorieuses (Paris).

Gill, S. (1992k) The Emerging World Order and European Change. The Political Economy of European Union, in: Miliband, R/Panitch, L (Hrsg.): New World Order? Socialist Register (London), 157-196.

- (1995): Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neo-liberalism, in: Millennium: Journal of International Studies, 24(3X) 399-123.

- (1998): European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: New Political Economy, 3(1), 5-27.

Groux, G. (1997): Le conflit en mouvement (Paris).

Hansen, L/Williams, M.C. (1999): The Myths of Europe. Legitimacy, Community and the 'Crisis' of the EU, in: Journal of Common Market Studies, 37(2); 233-249.

Hassel, A. (1998): Soziale Pakte in Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 49(10), 626.638.

Haug, W.F. (1999): Politisch richtig oder Richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus (Berlin; Hamburg).

Helleiner, E (1994): States and the reemergence of global finance. From Bretton Woods to the 1990s (Ithaca; London).

Hickel, R (1987): Ein neuer Typ der Akkumulation? (Hamburg).

Holman, O./Pijl, K. van der (1996): The Capitalist Class in the European Union, in: Kourvetaris, GA/Moschonas, A. (Hrsg.): The Impact of European Integration. Political, Sociological, and Economic Changes (London), 55-74.

Howell, C. (1992): The Dilemmas of Post-Fordism. Socialists, Flexibility, and Labor Market. Deregulation in France, in: Politics and Society, 20(1), 71-99.

Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (1996): Einleitung: Regieren im dynamischen Mehrebenensystem, in: dies. (Hrsg.), Europäische Integration (Opladen), 15-44.

Kohle-Koch, B./Eising, R (Hrsg.) (1999): The Transformation of Governance in the European Union (London; New York).

Laclau, E (1981): Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus - Faschismus Populismus (Berlin).

Laffan, B. (1996): The Politics of Identity and Political Order in Europe, in: Journal of Common Market Studies, 34(1), 81-102.

Lipietz, A. (1997): Social Europe - the post Maastricht challenge, in: A. Lipietz u.a., Labour Markets and Employment Policy in the European Union, FEG-Studie Nr. 10 (Marburg).

Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immer während der Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung in Europa des 20. Jahrhunderts (Frankfurt/M.; New York).

Marglin, S./Schor, J. (Hrsg.) (1990): The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the post war Experience (Oxford).

Marks, G./Hooghe, L/Blank, K (1996): European Integration from the 1980s: State-Centric v. Multi-level Governance; in: Journal of Common Market Studies, 31(4), 473-524.

McNamara, KR (1998): The Currency of Ideas. Monetary Politics in the European Union (Ithaca; London).

Memorandum of European Economists (1997r) Full Employment, Social Cohesion, and Equity for Europe. Alternatives to Competitive Austerity (o.o.).

Mitrany, D. (1975): The functional theory of politics (London).



Moisi, D. (1988): Die Mark und die Bombe - Frankreich bangt um seinen Einfluß in Europa, in: Die Zeit, Nr. 50.

Moravcsik, A. (1998): Europe's Integration at Century's End, in: Moravcsik, A. (Hrsg.): Centralization or Fragmentation? Europe Facing the Challenges of Deepening, Diversity, and Democracy (New York), 1-58.

Obradovic, D. (1996): Policy Legitimacy and the European Union; in: Journal of Common Market Studies, 34(2), 191221.

Patomäki, H. (1997): EMU and the Legitimation Problems of the European Union, in: Minkkinen, P./Patomäki, H. (Hrsg.)- The Politics of Economic and Monetary Union (Helsinki), 162-204.

Pijl, K van der (1989): Ruling Classes, Hegemony, and the State System: Theoretical and Historical Considerations, in: Pijl, K van der (Hrsg.): Transnational relations and Class Strategy. International Journal of Political Economy, 19(3), 7-35.

- (1998): Transnational Classes and International Relations (London; New York).

Plehwe, D./Walpen, B. (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus: Beiträge der Mont Pelerin Society und marktliberaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und Irrhaltung, in: Prokla, 29(2); 203-235.

Rhodes, M. (1998): Globalization, Labour Markets and Welfare States: A Future of „Competitive Corporatism“?, in: Rhodes, M./Meny, Y. (Hrsg.)- The Future of European Welfare: A New Social Contract? (London), 178-203.

Röttger, B. (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes (Münster).

Sandholtz, W./Zysman, J. (1989): 1992: "Recasting the European Bargain, in: World Politics, 42(1), 95-128.

Schmitter, P.C./Grote, JA (1997r) Der korporatistische Sisyphus: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft,, in: PVS, 38(3), 530-554.

Schulten, T./Bispinck, R (Hrsg.) (1999): Tarifpolitik unter dem EURO. Perspektiven einer europäischen Koordinierung: das Beispiel Metallindustrie (Hamburg).

Sorel, G. (1981): Über die Gewalt (Frankfurt/M).

Ziebur, G. (1997> Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten (Stuttgart).